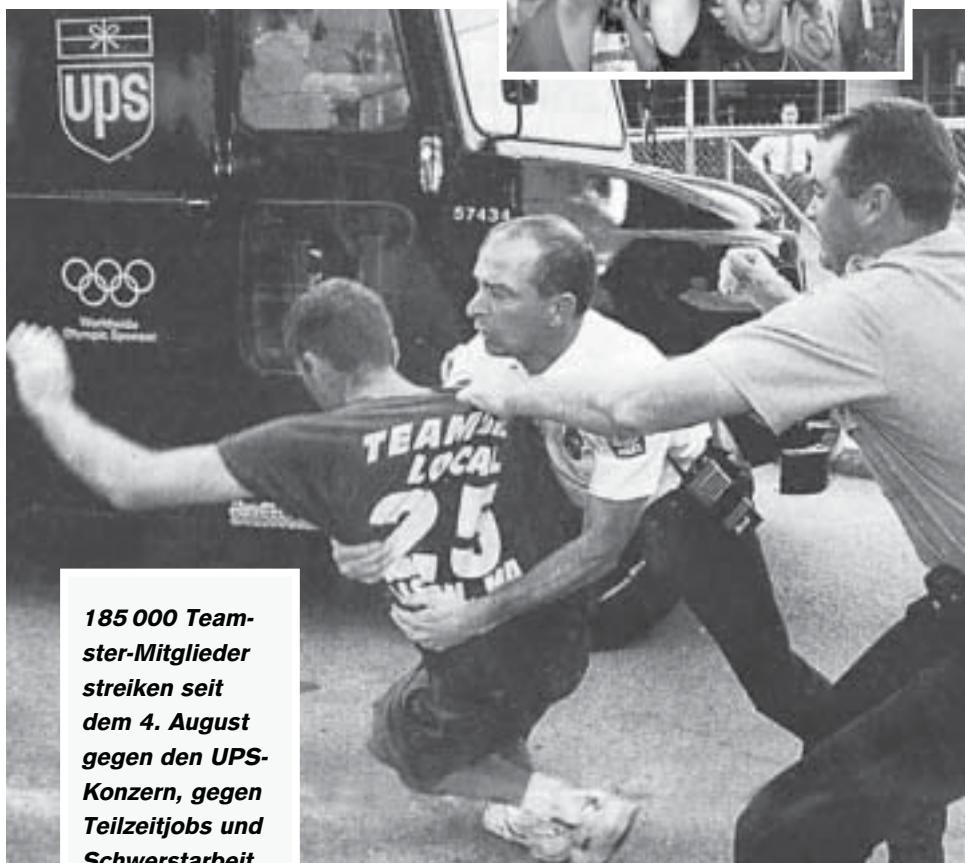


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**185 000
Teamster
gegen
UPS**



185 000 Teamster-Mitglieder streiken seit dem 4. August gegen den UPS-Konzern, gegen Teilzeitjobs und Schwerstarbeit für 8 \$/Std.

B O R Y K O T T I

S. 3



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
185.000 Teamsters streiken gegen den UPS-Konzern	3
Musterhafte Prügeleien	4
Anti-Kriegstag 1997: Bundeswehr-Sommertheater oder verschiedene springerstiefel- tragende Kurzhaarige	6

Auslandsberichterstattung

Palästina: „Autonomie“ – Vokabel einer Desinformation	8
Kongress 100 Jahre Zionismus: Befreiung oder Unterdrückung? ..	8
Mumia Abu-Jamal: Anhörung beendet	9
Brasilien: Gefängnisrevolten sind programmiert	10
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Mit Law and Order gegen Ausländer	13
Lebenssituation älterer Ausländer	13
CDU gegen kontrollierte Heroinvergabe	14
CSU gegen „Fixerstuben“	15
Berlin: Veranstaltungen gegen den „Tag der Heimat“	15
„O-Ton“	15
„Sozialstrukturatlas Berlin 1997“	
Wer arm ist, lebt 6 Jahre weniger	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Aussetzung der Werkvertragsverein- barungen: Schutz des deutschen Ar- beitsmarkts oder Heuchelei?	18
ÖTV: Tarifkampf beginnt	20
150 Jahre Siemens ... und immer noch keine Entschädigung	21
IG Medien: „Digitale Revolution = „finanzieller Ruin“?“	21

Diskussion und Dokumentation

PDS-Diskussion: Partei welchen Typs?	22
Luken dicht? Fenster auf!	22

Letzte Seiten

<i>Wo Bismarck badete</i>	25
---------------------------------	----

Termine

28

AKTUELL

IN BONN VIETNAMESEN:

Bis 2. Juli hat die Bundesregierung 2.623 Vietnamesinnen und Vietnamesen abgeschoben, davon 2.518 aufgrund des deutsch-vietnamesischen „Rückführungsabkommens“ vom 21. Juli 1995 und 105 aufgrund einer Vereinbarung über die Rückführung verurteilter Straftäter. In der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion (Ds. 13/8053 und 13/8230) heißt es weiter, 743 Vietnamesen hätten bis Ende Mai die BRD „freiwillig“ verlassen. Für 17.207 Personen hat die Bundesregierung die Aufnahme in Vietnam aufgrund des „Rückführungsabkommens“ beantragt, in 7.252 Fällen hat die vietnamesische Regierung dies bisher akzeptiert. Von den bei der Grenzschutzzdirektion Koblenz zentral erfassten 19.571 vietnamesischen Personen in der BRD sollen 6.000 erklärt haben, sie würden „freiwillig“ die BRD verlassen, über 13.000 sollen also gegen ihren Willen abgeschoben werden.

STRAHLENDER EXPORT: 815

Tonnen radioaktiven Müll haben deutsche Kraftwerksbetreiber in den vergangenen drei Jahren ins Ausland exportiert. Hauptexportgebiete sind Schweden, wo radioaktiver Müll aus deutschen Kraftwerken verbrannt wird, und das schottische Dounreay. Über Einzelheiten der zwischen Forschungszentrum Karlsruhe und der Firma AEA Technology in Dounreay getroffenen Vereinbarung will die Regierung keine Angaben machen, die Firmen hätten 1994 „Vertraulichkeit“ vereinbart, teilte sie auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag mit.

**ZWANGSARBEITS-ENTSCHÄ-
DIGUNGEN:**

Die PDS-Bundestagsgruppe erkundigt sich in einer kleinen Anfrage nach der Rolle der Bundesregierung bei der Abwehr von Entschädigungsfordernungen eines ehemaligen Zwangsarbeiters im KZ Auschwitz. Der US-Bürger David Fishel hat vor dem US-Bundesgericht in Iowa für sich und andere ehemalige Zwangsarbeiter gegen BASF, Hoechst, Bayer, Krupp und Daimler-Benz auf Entschädigung geklagt. Die PDS will wissen, ob Treffen zwischen Vertretern deutscher Konzerne und hochrangigen Mitarbeitern verschiedener Ministerien zur Abwehr der Klage Fishels stattgefunden haben und ob die Einschätzung eines Experten für internationales Recht am Max-Planck-Institut zutrifft, die Bundesregierung versuche, durch offene Unterstützung der Konzerne das Verfahren zu beeinflussen. 1994 hatte der Bundestag in einer Entschließung gefordert, Firmen, die im Nazi-Reich Zwangsarbeiter beschäftigten, hätten eine „historische Pflicht“ zur Wiedergutmachung. (Ds. 13/8289)

LADENÖFFNUNGS-BILANZ:

Die Bundesregierung sieht sich noch nicht in der Lage, eine erste Bilanz der

„Erfolge“ des seit 1. November 1996 geltenden Ladenöffnungsgesetzes vorzulegen. Das hat sie auf eine kleine Anfrage der Grünen mitgeteilt. Bisher könne sie lediglich eine „gewisse Stabilisierung“ der Umsätze und einen „Rückgang des Personalabbaus“ feststellen, behauptet sie. Die Nebelkerzen „gewisse Stabilisierung“ und „Rückgang des Abbaus“ sollen verdecken, daß die Förderung der großen Handelskonzerne und der Raubbau an der Gesundheit der Beschäftigten und der kleinen Einzelhändler durch die Ausdehnung der Arbeitszeiten in dem neuen Gesetz allzufrüh zutage tritt. Erst drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, also Ende 1999, will die Regierung einen ersten „Erfahrungsbericht“ vorlegen.

BESPIZELUNG RECHTENS?

Die über 26jährige Überwachung und Bespitzelung des Bremer Rechtsanwaltes, Publizisten und parlamentarischen Beraters Dr. Rolf Gössner durch den Verfassungsschutz ist nach Ansicht der Bundesregierung „rechtmäßig“. Dies sehe der Bundesbeauftragte für den Datenschutz ebenso, behauptet die Regierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Grünen (Drucksachen 13/7806 und 13/8003). Der Betroffene werde durch die ständige Bespitzelung nicht an der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit gehindert. Die Frage, ob Rolf Gössner auch heute noch vom Verfassungsschutz bespitzelt werde, beantwortete die Bundesregierung nicht.

EUROPOL-BEAMTE IMMUN?

Die Bundesregierung hat noch nicht entschieden, ob der Bundestag über die umstrittene Immunität der Beamten der künftigen europäischen Polizeibehörde Europol beraten soll. Bisher sei noch offen, wie das sog. „Immunitätsprotokoll“ umgesetzt werde, erklärte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am 11. August. Die *Süddeutsche Zeitung* hatte berichtet, die Immunität, die den Beamten Straffreiheit bei der Ausübung ihres Dienstes zusichert, solle am Parlament vorbei per Verordnung in Kraft gesetzt werden. Die Europol-Beamten sollen in Zukunft auch operative Befugnisse erhalten, d.h. direkt verfolgen, verhaften usw. können. Wollen sich so Verfolgte z.B. gegen Übergriffe wehren, wären die Beamten „immun“, d.h. straffrei. Bundesjustizminister Schmidt-Jorzig hatte auf dem EU-Gipfel in Amsterdam nur vereinbart, daß über diese Regelung noch einmal „gesprochen“ werden soll, wenn die Europol-Beamten operative Befugnisse erhalten.

WAS KOMMT DEMNÄCHST?

Am 5. September ist Bundesrats-Sondersitzung zu Waigels Nachtragshaushalt 1997. In der Woche ab 8. September nimmt der Bundestag seine regulären Sitzungen wieder auf. Am 21. September sind Bürgerschaftswahlen in Hamburg.



185.000 Teamster-Mitglieder streiken seit dem 4. August gegen den UPS-Konzern

Gegen Teilzeitjobs und Schwerarbeit für 8 \$/Std.

Seit dem 4. August streiken in den USA 185.000 Mitglieder der Teamster-Gewerkschaft bei UPS. Der Streik bei UPS ist einer der größten Streiks in den USA in den letzten Jahren - und der größte in der 90jährigen UPS-Geschichte. Er ist zugleich ein Signal, daß die immer weitere Ausdehnung von Teilzeitjobs zu niedrigsten Löhnen in den USA von den Beschäftigten nicht mehr hingenommen wird. Die „Internationale Transportarbeiterföderation“ (ITF) hat ihre Mitgliedsgewerkschaften weltweit zur Solidarität mit den Streikenden aufgerufen. Die ÖTV prüft nach Flugblattaktionen vor UPS-Niederlassungen letzte Woche „flankierende Maßnahmen“. Gemeint sind Solidaritätsstreiks, Warnstreiks oder Boykottaufrufe gegen UPS. Die Postgewerkschaft hat die Streikenden in den USA bereits mit einer ersten Rate finanziell unterstützt.

Der UPS-Konzern ist in den USA das mit Abstand größte Paketunternehmen. Der Konzern hat auf dem US-Markt einen Marktanteil von 90% und erzielte 1996 bei einem Umsatz von ca. 22. Mrd. \$ (umgerechnet 33 Mrd. DM) einen Nettoprofit von über 1 Milliarde Dollar. Von den 340.000 Konzernbeschäftigten sind über 60% auf Teilzeitbasis eingestellt - praktisch sämtliche Beschäftigten im Sortierbereich. Vollzeitbeschäftigt sind in der Regel nur die Beschäftigten im Verwaltungsbereich und die Fahrer. Sie transportieren täglich ca. 12 Millionen Brief- und Paket-Sendungen.

Der Einstiegslohn für die UPS-Teilzeitbeschäftigte liegt seit den 80er Jahren unverändert bei 8 Dollar die Stunde - umgerechnet heute ca. 14,40 DM. Erst nach drei Jahren Beschäftigung haben „Teilzeitler“ Anspruch auf Zahlungen des Konzerns bei Krankheit und Unfäl-

len. UPS ist landesweit berüchtigt wegen seiner hohen Unfallzahlen. Seit den 80er Jahren hat der Konzern z.B. das maximale Paketgewicht, das die Beschäftigten heben müssen, von 80 auf 150 Pfund fast verdoppelt. Ein drastischer Anstieg von Verletzungen und Dauerschäden vor allem im Rückenbereich ist die Folge.

Seit den 80er Jahren besteht bei UPS auch ein zweistufiges Lohnsystem - Teilzeitbeschäftigte erhalten danach generell weniger Stundenlohn als Vollzeitler. Für „Teilzeitler“ reicht die Entlohnung von 8 Dollar (die große Mehrheit bekommt dieses Anfangsgehalt) bis maximal 14 Dollar (ca. 25 DM). Nur wenige Vollzeit-Fahrer kommen auf das Vollzeit-„Spitzengehalt“ von 20 Dollar (ca. 36 DM). Die meisten Teilzeitbeschäftigte arbeiten 20 bis 25 Stunden pro Woche - bringen es also gerade auf 280 bis 430 DM (brutto) in der Woche. Faktisch müssen viele „Teilzeitler“ deshalb noch einen zweiten Job arbeiten, um über die Runden zu kommen. Die Teamster-Führung, die Anfang der 80er Jahren diesen Tarif mit UPS abschloß, galt als „mafios“, ihre damaligen Mitglieder sind heute tot oder in Haft. Der UPS-Tarif gilt weiter.

Die Forderungen der Teamsters, deren neuer Vorsitzender Carey als erster Teamster-Chef seit Jahren ohne Mafia-Verbindungen gilt, richten sich vor allem gegen das System dieser Teilzeit-Billigarbeit. Die Gewerkschaft verlangt:

- mindestens 10.000 neue Vollzeitstellen bzw. Umwandlung von Teilzeit- und Vollzeitjobs während der Laufzeit des neuen Tarifvertrags. UPS will lediglich 200 Vollzeitstellen pro Jahr zubilligen.
- Einschränkung der Kontraktarbeit. UPS will auch die Transporte zwischen den einzelnen UPS-Zentren an Fremd-

firmen abgeben. Die Gewerkschaft befürchtet, daß das die Löhne und Arbeitsbedingungen bei UPS weiter verschlechtert.

- Schärfere Sicherheitsvorschriften, um die hohen Unfall- und Verletzungsralten in den Sortierhallen zu senken.

- Bessere Möglichkeiten der Frühverrentungen. UPS ist angeblich dazu bereit, verlangt dafür aber die alleinige Kontrolle über die - bisher auch von der Gewerkschaft kontrollierten - Pensionsfonds.

Der Streik der 185.000 Beschäftigten trifft den Konzern erheblich. 90% der Transporte in den USA liegen still, die Klagen und Beschwerden der Firmen, die mit UPS ihre Pakete transportieren ließen, schwellen an, die Geschäfte der (kleinen) Konkurrenzfirmen wie der US-Post boomen. Man verliere täglich 10 Millionen Dollar und mehr, so das UPS-Management, das bereits mehrfach US-Präsident Clinton aufgefordert hat, den Streik per Dekret zu unterbinden. Bei „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ kann der US-Präsident einen Streik bis zu 80 Tagen aussetzen. Beschwerde dagegen ist nur beim Senat möglich, eine aussichtslose Sache, da die republikanische Mehrheit im Senat fest auf der Seite der UPS-Konzernleitung steht. Aber bisher hat Clinton die UPS-Forderungen ignoriert - wohl auch, weil den Streikenden von der US-Gewerkschaftsbewegung deutlich Solidarität zuteil wird. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat alle Mitgliedsgewerkschaften zur Solidarität aufgerufen. Das ist auch nötig, denn die Teamster-Gewerkschaft kann kein Streikgeld zahlen - nur in wenigen Fällen erhalten einzelne Streikende 80 Dollar pro Woche Unterstützung.



„Boykottiert UPS!“ – auch in der BRD!

Nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen kündigte der UPS-Vorstand letzte Woche „harte Maßnahmen“ gegen die Streikenden an. Drohungen von bis zu 15.000 Entlassungen machten die Runde. Bei mehreren Gerichten lagen bei Redaktionsschluß Klagen von UPS gegen die Streikposten vor – ein erstes Urteil in Colorado schreibt bereits eine Verringerung der Streikpostenketten vor.

Umso wichtiger kann deshalb gerade auch die internationale Solidarität mit den Streikenden werden. Nach Einschätzung der ÖTV versucht UPS mit allen Mitteln, eine Beeinträchtigung des europäischen Geschäfts zu verhindern, weil man befürchtet, hier dauerhaft Marktanteile zu verlieren. Eine breitflächige Boykottkampagne gegen UPS in Europa könnte also für die Streikenden in den USA erhebliche Unterstützung bedeuten. „Ein weltweit operierendes Unternehmen wie UPS kann nicht allein von einer nationalen gewerkschaftlichen Gegenbewegung zum Einlenken gebracht werden. Darum machen wir weltweit Druck gegen UPS und unterstützen sichtbar unsere amerikanischen Kolleginnen und Kollegen“. Die Forderungen der UPS-Beschäftigten nach mehr Vollzeitarbeitsstellen, weniger Subunternehmen, einer besseren Alterssicherung und einem stärkeren Schutz vor Gesundheits- und Unfallgefahren seien auch in Deutschland „von großer Relevanz“. Dieser Erklärung des stellvertretenden ÖTV-Vorsitzenden Wolfgang Warberg am 9. August folgten wenig später erste Flugblattaktionen vor UPS-Filialen im Bundesgebiet. Dabei wurden die Gewerkschafter auf dem Flughafen Köln-Bonn von einer ganzen Armada von Sicherheitskräften empfangen – sogar Beamte der Staatsschutzabteilung waren nach ÖTV-Angaben zugegen! Am 14. August beriet die ÖTV mit einem Vertreter der Teamsters. Noch in dieser Woche sollen in Brüssel mit europäischen Gewerkschaften gemeinsame Solidaritätsaktionen beraten werden. *rül*

Internationale Kritik am deutschen Polizeialtag

Musterhafte Prügeleien

Von Ulla Jelpke und Mark Holzberger

Im Juli 1997 legte das Anti-Folter-Komitee des Europarates (CPT) seinen – nach 1991 – zweiten Deutschland-Bericht vor. Die Situation in bundesdeutschen Abschiebehaftanstalten wie auch das Problem prügelnder Polizisten monierte die internationale, aus JuristInnen, ÄrztInnen und ExpertInnen für den Strafvollzug zusammengesetzte Untersuchungskommission. Der CPT-Bericht fügt sich ein in eine wenige schmeichelhafte Reihe von kritischen Erklärungen diverser UN-Organisationen bzw. von amnesty international, die vor allem gewaltsame Übergriffe deutscher Polizisten auf AusländerInnen beklagen. Und die Bundesregierung bzw. die etablierten Parteien? Sie ergehen sich in jahrelang eingebütteten Verharmlosungsritualen.

Das Anti-Folter-Komitee besuchte im April vergangenen Jahres zehn Polizeistationen in vier (nord- bzw. nordostdeutschen) Bundesländern. Vorkommnisse – ausgerechnet oder bezeichnenderweise – in der Hauptstadt Berlin gaben dem CPT Anlaß zur Kritik. Dort kam der Untersuchungskommission nämlich besonders häufig der Vorwurf zu Ohren, daß Personen behaupteten, nach ihrer Festnahme durch Berliner Polizisten verprügelt worden zu sein. In zwei Fällen wurden diese Vorwürfe durch ärztliche Atteste belegt, welche das Komitee als glaubwürdig ansah. Demzufolge wurde eine Person im Juli 1995 durch einen Beamten eines „Sondereinsatzkommandos“ ins Gesicht und in die Magengegend geschlagen und mit einem Messer an der Hand verletzt. In einem zweiten Fall war eine zuvor festgenommene und mit Handschellen „gesicherte“ Person mit Schlagstöcken auf die Beine mißhandelt worden.

Das CPT erörterte diese Vorfälle mit hochrangigen Berliner Polizisten. Hierbei bezeichnete einer das Verprügeln von Festgenommenen, selbst wenn diesen Handschellen angelegt worden seien, als „typisches“ Verhalten Berliner Polizeibeamter.

Das Anti-Folter-Komitee gewann bei seiner Visite den „klaren Eindruck“, daß festgenommene Personen in der polizeilichen Praxis nur in Ausnahmefällen von ihrem Recht Gebrauch machen könnten, Angehörige über ihre Situation zu informieren. Auch die Inanspruchnahme des Rechts, bei polizeilichen Verhören eine Anwältin des Vertrauens hinzuziehen zu können, schien dem Anti-Folter-Komitee „nicht mehr als eine theoretische Möglichkeit“ zu sein.

Während seines Besuches fand das CPT nur einen Gefangenen, der nach der polizeilichen Festnahme tatsächlich

Kontakt mit seinem Anwalt aufgenommen hatte.

Die Untersuchungskommission zeigte sich über diese Aspekte des deutschen Polizeialtags äußerst ungehalten, zumal sie schon seit ihrem letzten Besuch in dieser Angelegenheit mit der Bundesregierung im Clinch liegt. Schließlich ist es nach den Erfahrungen des Anti-Folter-Komitees eine unverzichtbare Voraussetzung, um Mißhandlungen auf Polizeistationen wirksam zu verhüten, daß Gefangene im Polizeialtag auch tatsächlich eine Chance haben, Angehörige über die Festnahme zu informieren oder jederzeit eine Anwältin des Vertrauens beiziehen zu können. (...)

Internationale Kritik

Das Anti-Folter-Komitee des Europarates steht mit seinen Beschwerden über den Umgang deutscher Ordnungshüter nicht alleine da – speziell, wenn es um die Behandlung von AusländerInnen geht. In den letzten beiden Jahren haben praktisch alle zuständigen Gremien der Vereinten Nationen ähnlich kritische Stellungnahmen abgegeben:

- Am 6. Mai 1996 unterrichtete der UN-Sonderberichterstatter für Folter die Bundesregierung darüber, daß ihm „Informationen zugegangen sind, denen zufolge mehrere in Deutschland lebende Angehörige ethnischer oder nationaler Minderheiten schweren Schlägen und anderweitigen Mißhandlungen durch Polizeibeamte ausgesetzt gewesen sind.“ Nachdem der Sonderberichterstatter der Bundesregierung bereits 1995 drei derartige Fälle unterbreitet hatte, waren es für ein Jahr später schon sieben neue Vorkommnisse, die der UN-Beauftragte für glaubwürdig genug hielt, um ihnen besondere Beachtung zu schenken.

- Auf seiner Sitzung am 8. November 1996 gab der UN-Menschenrechtsausschuß folgende Erklärung ab: Der Ausschuß „drückt seine Besorgnis über Vorkommnisse von Mißhandlungen auch von Ausländern und besonders von ethnischen Minderheiten und Asylsuchenden durch die Polizei aus. Er war besorgt über das Fehlen wirklich unabhängiger Mechanismen, um Beschwerden über Mißhandlungen durch die Polizei zu untersuchen. Der Ausschuß empfahl zu diesem Zweck die Einrichtung von unabhängigen Gremien im ganzen Land. Er forderte umfangreichere und intensivere Programme zur Erziehung der Jugendlichen und zum Training der Polizei, daß Rassismus und Fremdenfeindlichkeit die Grundwürde des Menschen verletzen und gesetzlich unzulässig sind.“

- Im März 1997 schließlich zeigte sich das UN-Komitee zur Beseitigung von Rassendiskriminierung ebenfalls „be-

sorgt über Fälle brutalen Vorgehens deutscher Polizeibeamter gegen Ausländer - vor allem gegen Afrikaner und Türken.“

Auch von Seiten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) will die Kritik an offenkundig rassistisch motivierter Polizeigewalt nicht verstummen:

- Im Dezember 1996 veröffentlichte „Aktion Courage e.V. - SOS Rassismus“ die Fortschreibung einer Sammlung von „Polizeiübergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer“, die von der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ und der Berliner „Antirassistischen Initiative“ recherchiert worden sind. Zwischen Dezember 1994 und November 1995 seien 40 neue Fälle bekannt geworden. Allein in Berlin hätten 1996 zudem acht zusätzliche Fälle ausführlich beschrieben werden können.

Und bei allem habe die - vermutlich weitaus höhere - Dunkelziffer natürlich nicht berücksichtigt werden können. Zweifellos - so die „Aktion Courage - handele es sich bei der Polizeigewalt gegen AusländerInnen um „Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen, die rassistische Verhaltensweise erst ermöglichen und fördere“.

- Anfang Juli 1997 sah sich „amnesty international“ dazu gezwungen, nunmehr bereits zum fünften Mal einen Bericht („Neue Fälle - alte Muster“) über polizeiliche Mißhandlungen von Nichtdeutschen vorzulegen. Auch amnesty sind seit Mai 1995 über 40 weitere Vorkommnisse zur Kenntnis gebracht worden. (...)

Angesichts des offenkundigen Mißverhältnisses der von Nichtdeutschen angezeigten Fälle polizeilicher Mißhandlungen und der geringen Zahl letztlich belangter Ordnungshüter empfiehlt amnesty, für die Untersuchung derartiger Mißhandlungsvorwürfe „weitere Mechanismen zu bereits bestehenden Verfahren zu schaffen“. Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, reagierte auf diese Idee sichtlich gereizt und hielt der Menschenrechtsorganisation in der *jungen Welt* vor, „unseren Rechtsstaat in Frage“ zu stellen (JW, 5.7.97)

Tatsächlich hatte Amnesty nur die Ergebnisse des im November 1996 herausgegebenen 1.140 Seiten umfassenden „Berichts des Untersuchungsausschusses der Hamburger Bürgerschaft zur Polizei der Freien und Hansestadt Hamburg“ ausgewertet. Darin wurde nachgezeichnet, wie aus 3.828 von der Staatsanwaltschaft in den Jahren 1989-1995 eingeleiteten Ermittlungsverfahren ge-

gen PolizeibeamtInnen (über die Hälfte davon wegen Körperverletzung im Amt) 3.176 mangels Beweisen eingestellt worden sind. Nur ganze vier Polizisten konnten wegen ihrer Prügeleien verurteilt werden. (...)

Rassismus bekämpfen – Polizei demokratisieren ...

In der Zurückweisung der staatlichen Taktik des staatlichen Bagatellisierens und Entpolitisierens polizeilicher Übergriffe sind sich antirassistische Gruppen mit den „Kritischen PolizistInnen“, Bündnisgrünen und PDS einig: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus fallen nicht vom Himmel. Sie sind gesellschaftlich geprägt und werden durch die polizeiliche Ausbildung und Arbeitsstruktur-



ren begünstigt. Gutgemeinte Maßnahmen wie Namensschilder für PolizistInnen und selbst die Einstellung von mehr Nichtdeutschen in den Polizeidienst werden für sich genommen nicht ausreichen.

Auf ihrer „7. Tagung des 5. Landesparteitages“ hat die Berliner PDS am 14. Juni 1997 einen entsprechenden Leitartikel („Polizei anders denken“) angenommen, in dem die „umfassende Demokratisierung der Institution Polizei“ zu einer vorrangigen Forderung an einen wirklichen Politikwechsel bezeichnet wird. Eine Polizeiverfassung solle die Kontroll- und Weisungsrechte des Parlaments stärken. Die Polizei solle den Trend zur Abschottung und Vergeheimdienstlichung umkehren. Apparat-interne Hierarchien sollten abgebaut und ein kooperativer Führungsstil eingeführt werden ... Mit einer auch räumlichen Dezentralisierung

sollte die Schutzpolizei und das Revierprinzip aufgewertet werden. Diese Polizeireform müsse durch die Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei flankiert werden, diesem Durchlauferhitzer für Gewaltfixiertheit und polizeilichen Korpsgeist ... Schließlich solle das Amt einer allein den jeweiligen Parlamenten gegenüber verantwortlichen Polizeibeauftragten geschaffen werden. Diese wäre eine kompetente AnsprechpartnerIn, an die sich BürgerInnen ohne bürokratische Hürden mit ihren Beschwerden über polizeiliches Handeln wenden könnten.

... dabei aber nicht stehen bleiben!

Alle KritikerInnen sind sich darüber im Klaren, daß sich Entscheidendes nicht ändern wird,

- solange der Aufbau der „Festung Europa“ durch eine Abschiebepolitik im Sinne von „Ausländer raus - Deutschen den Deutschen“ flankiert wird;

- solange AsylbewerberInnen als „Sozialschmarotzer“ diffamiert und durch das Asylbewerberleistungsgesetz diskriminiert und unter die Sozialhilfe gedrückt werden;

- solange das finanzielle Engagement der Bundesregierung z.B. für das „Europäische Jahr gegen Rassismus“ eine Farce ist;

- solange PolitikerInnen - allen voran Schröder und Voscherau - fünf Jahre nach Rostock-Lichtenhagen erneut im rassistischen Mief deutscher Stammtische um Wählerstimmen buhlen und wieder besseres Wissen mit der Lüge der „Ausländerkriminalität“ hausieren gehen und sich immer weitere Verschärfungen des Ausländergesetzes ausdenken.

Es bedarf eines langen Atems, der ausreicht für eine Vielzahl kleiner Schritte, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen und zu bekämpfen.

(Aus *Platzgründen* gekürzt)

Literaturauswahl:

1. Aktion Courage e.V.- SOS Rassismus (1996) „Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer“ (Postfach 2644, 53016 Bonn, Tel. 0228/213061, Fax 0228/262978)
2. Amnesty International (1997) „Neue Fälle - altes Muster. Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland“ (Heerstr. 178, 53111 Bonn, Tel. 0228/983730, Fax 0228/630036)
3. European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman and Degrading Treatment or Punishment (1997): „Reports to the German Government on the visit to Germany carried out from 14.-26.4.96“ (Dok. Nr. CPT/Inf (97)9)
4. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Hamburger Polizei“ vom 13.11.1996 (Drucksache 15/6200)
5. Bürgerrechte und Polizei/CILIP (Hg.) „Hilfe Polizei - Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern“, Berlin 1995
6. Gössner, Rolf/Neß, Oliver: „Polizei im Zwielicht - gerät der Apparat außer Kontrolle?“, Frankfurt/New York 1996

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag. Mark Holzberger ist Mitarbeiter von Ulla Jelpke.

Bundeswehr-Sommertheater oder verschiedene springerstiefeltragende Kurzhaarige ...

Von Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen

So jetzt haben wir es gelernt: Menschen, die anderen in der (Hochwasser)-Not helfen, haben kurze Haare, laufen mit Springerstiefeln herum und tragen alle braun-grüne uniforme Kleidung. Manche haben noch etwas Lametta an den Schultern herumhängen. Irgendwie will mir das nicht in den Kopf, daß so die hilfsbereiten Jungs aussehen. Das geht wohl noch einer ganzen Reihe anderer Menschen so. Deshalb hat die Bundeswehr jetzt mal wieder ihre Werbekampagne in einer Sache gestartet, und ganz im Vordergrund steht der Oder-Einsatz.

Vor, während und nach dem Odereinsatz gab so ein paar Probleme, weil die einen Kurzhaarigen in Springerstiefeln mit den anderen Kurzhaarigen in Springerstiefeln so gar nichts zu tun haben (wollen). Aber irgendwie machen welche von den einen (den „Guten“) immer wieder, was eigentlich nur von den anderen (den „Schlechten“) erwartet wird. Die beiden Gruppen sind nämlich vollkommen verschieden, haben vollkommen verschiedene Werte: Befehl und Gehorsam, Kampfkraft sowie Disziplin und Ordnung auf der einen Seite und Ordnung und Disziplin, Kampfkraft sowie Befehl und Gehorsam auf der anderen ... Nur „die Guten“ üben noch zusätzlich das Schießen mit Klein- und Großgerät, ganz offiziell. Aber das hat mit ihrer Hauptaufgabe, nämlich dem Helfen, nur wenig zu tun.

Nun mal im Ernst: Die Bundeswehr ist wieder ins Gerede gekommen. Das ist schon mal ganz gut.

Da ist ganz schön was zusammengekommen diesen Sommer:

Zuerst „Hammelburg“, ein Video, das monatelang in Bundeswehrkreisen kursierte und plötzlich, als es SAT 1 für wenig Geld kaufte, war es ein Skandalvideo. Wo doch auf dem Video die Soldaten nur Krieg spielen, so wie sonst auch. Doch halt! Sonst machen die das zivilisiert! Soldaten der Bundeswehr üben keine Exekution mit Kopfschuß und keine Vergewaltigung. Das mag sein oder auch nicht. Doch beides gehört zur (Un)-Logik des Krieges. Das weiß auch die Bundeswehr, deshalb übt sie sehr ähnliche Dinge. Z.B. wie Bundeswehrsoldaten Insassen von Zivilbussen scheinhinrichten sollen, damit getestet werden kann, wie die auszubildenden Soldaten reagieren. Das Ganze ist auch auf Video aufgenommen worden. Und die Bundeswehrsoldaten werden für den Krieg ausgebildet. Wer es nicht glaubt, muß sich nur die Schilderungen der Ausbildung der Soldaten der



Skandal-auslösende Hinrichtungs-Übung auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg

Calwer Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK) anhören. Das ist Vorbereitung auf den echten, richtigen Krieg. Ach so, die Bundeswehrsoldaten üben nur die „Landesverteidigung“. Oh, ich hab vergessen, daß inzwischen Deutschland schon in Kroatien und Bosnien verteidigt werden muß und zur Verteidigung Angriffswaffen wie der Kampfhubschrauber Tiger angeschafft werden müssen, damit in Zukunft Deutschland weltweit seinen Zugang zu Rohstoffen verteidigen kann.

Ja, wir waren bei Hammelburg. Kaum hatte die Bundeswehr von Hammelburg „erholt“, schwelte die Oder an und überflutete bewohnte Gebiete. Das war die Gelegenheit ...

Wenn da nicht diese blöden Zwischenfälle wären ... Daß die einen Kurzhaarigen das tun, was die anderen ... etc. Der Pressesprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt hat das mit den verschiedenen springerstiefeltragenden Kurzhaarigen vor wenigen Tagen – ganz privat in einem Leserbrief – so auf den Punkt gebracht: „Die Bundeswehr ist offensichtlich der Haufen, der braun gesinnte Scheißhausfliegen magisch anzieht“.

Der Mann hat – für einen Bündnisgrünen – den Nagel erstaunlich genau auf den Kopf getroffen. Na, ja, der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Tschiche hat ihn als „Lohn“ auch gleich vorläufig suspendiert. Seine Eingabe bezüglich

Bundeswehr und Rechtsextreme könnte den Mann vielleicht seinen Job bei den Grünen kosten. So weit ist es schon. Jedenfalls von hier aus meine volle Solidarität mit dem Leserbriefschreiber. Ach so, der Fortgang der Geschichte: Der Mann bleibt inhaltlich bei seiner Aussage, nur würde er heute sagen: „Die Bundeswehr ist offenbar der Obsthaufen, der braun gesinnte Fruchtfliegen magisch anzieht.“ Der Haufen ist genauer beschrieben und die Scheißhausfliegen auch. Aber ehrlich gesagt, die erste Version hat mir besser gefallen. Unabhängig davon, der Mann hat empirisch einfach recht. Das ist mehrfach sozial- und politikwissenschaftlich nachgewiesen, das hat auch etwas mit den vermittelten Werten zu tun (s.o.) Und die Grünen, hmm, ja die brauchen offensichtlich aufklärende Informationen über die Bundeswehr ...

Noch eine andere große Kleinpartei gibt es in Deutschland, das ist so eine Gruppe Besserverdienender, die immer an der Regierung sind und die immer sagen müssen, daß sie auch wichtig sind: Die FDP. Die will (zum Teil) die Wehrpflicht abschaffen, um eine effektivere Bundeswehr zu schaffen und um Geld zu sparen. Dafür wollen sie eine Berufsarmee. Ob die Rechnung aufgeht? Eher nicht. Eine Berufsarmee haben wir nämlich schon. Eine Berufsarmee in der Bundeswehr, die sogenannten Krisenreaktionskräfte (KRK). 53.600 Mann, die zu 80% aus Berufs- und Zeitsoldaten beste-

hen und die für die Kernaufgaben der neuen Bundeswehr ausgebildet wurden: Weltweite Militäreinsätze, darunter auch reine Kampf- und Kriegseinsätze, also solche, bei denen scharf geschossen wird und Leute getötet werden. Und wenn die Beweggründe dabei nieder sind, heißt das dann Mord. Aber wir waren bei der FDP, die gibt es noch, leider. Die wollen also die Wehrpflicht abschaffen, um das zu bekommen, was wir eh schon haben. Sie wollen nur den Schnick-Schnack herum weghaben. Da frag ich mich bloß, warum nicht sofort den Kernbereich (die Krisenreaktionskräfte s.o.) weg und warum nicht die ganze Bundeswehr weg?

„Für was brauchen wir die Bundeswehr noch?“, so könnte man/frau fragen. Könnte ... „Wir“ brauchen die Bundeswehr sowieso nicht. Wenn die jemand braucht, dann die Regierenden und Mächtigen, um militärisch außenpolitisch und vielleicht innenpolitisch ihre Interessen durchzusetzen.

Apropos Regierende und so, jetzt drohte doch dieser Tage einer mit einem Anschlag auf Bundesfinanzminister Waigel. Als ob man/frau politisches nicht politisch angehen könnte. Der Anschlagsandroher war im übrigen, wie sich nachher herausstellte, ein Bundeswehrsoldat.

Und wie sieht die Bevölkerung das mit der Bundeswehr? Die Zahlen sprechen für sich: 84% der Bundesbürger wollen nach der neuesten Emnid-Umfrage die Bundeswehrsoldaten bei Katastrophen-einsätzen sehen. Hab ich nichts dagegen, wenn die Leute das machen, aber dann brauchen sie keine Kriegswaffen, die helfen nämlich gegen die Wasserfront auch nicht und sie müssen sich nicht Bundeswehr nennen und als Zwangsdienst dürften sie das auch nicht machen und und ... Also die Leute sind im falschen Verein, der ist nämlich tatsächlich für was anderes da. Die richtigen Vereine gibt es auch schon, nur die sind blau oder rot statt grün-braun und sie tun ihre Arbeit an der Oder ohne so viel Tra-Ra. Ein Mensch des Technischen Hilfswerks zur Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen bei der Bekämpfung der Überflutung: „Da sag ich lieber nichts zu ...“

Ah so, die restlichen Ergebnisse der Emnid-Umfrage will ich nicht vorenthalten: 66% der Befragten sind für UNO-Friedenseinsätze, was immer mit diesem Euphemismus auch gemeint ist. 61% der Befragten wollen die Bundeswehr zur Landesverteidigung und nur 21% zu UNO-Kampfeinsätzen. Wenn nun noch nach NATO-Kampfeinsätzen oder den mit dem Kommando Spezialkräfte geplanten „rein nationalen“ Kampfeinsätzen gefragt worden wäre, der Anteil der Befürworter/innen wäre weiter gefallen, doch das ist das eigentliche Ziel der Bundesregierung. „Akzeptable Sparmöglichkeiten“ sehen von den repräsentativ ausgewählten Personen 45% bei der Bundeswehr, im Gegensatz dazu nur 19% beim Aufbau Ost, 18% bei der Kultur, 8%



„**Ordentliche Jungs**“ – Das „Kommando Spezialkräfte“ posiert für ein Pressefoto

bei der Sozialhilfe und lediglich 3% bei der Bildung. 67% sehen die Entscheidung für den Bau des Eurofighter als falsch an, nur 31% befürworten das größte Kriegswaffenprojekt. Da ist die Bevölkerung doch weitaus vernünftiger als die Regierung.

Ach ja, in Dresden haben zwei Soldaten eine Unterkunft von italienischen Bauarbeitern abgefackelt. Zum Glück waren die Arbeiter schon im Urlaub. Dazu fällt uns „Detmold“ ein. Mehrere Bundeswehrsoldaten schlugen dort US-, italienische und türkische Bürger zusammen. Zuvor war aus Detmold von einem bekannten Rechtenführer via *Stern* der Aufruf an Neonazis ergangen, sich bei Eliteeinheiten von Polizei und Bundeswehr zu melden, um die Spezialausbildungen zu „nutzen“. Nur darüber schrieb praktisch kaum jemand.

Und da sind wir wieder beim offensichtlichen Leitthema: Den verschiedenen Kurzhaarigen mit Springerstiefeln. Jetzt will der zuständige Minister, Volker hörst Du die Signale?, so sagte er es zumindest der *Bild*-Zeitung, Rechtsextreme vom Wehrdienst abhalten. Den Kreiswehrersatzämtern sollen Vorstrafen von Rechtsextremen gemeldet werden. Der CDU-Mann Paul Breuer unterstützte das prompt: „Die Armee muß sauber bleiben.“ Sauberkeit und Ordnung, das mit den Werten hatten wir schon ... Das Ganze wird aber eine zynische Art, den Bundeswehrdienst rechtsherum zu ver-

weigern. Da geht die von oben angeheizte und dann geduldete Menschenjagd in Springerstiefeln ja munter weiter ...

Bald ist der 1. September. Am 1.9.1939 begannen deutsche Wehrmachts-Truppen den zweiten Weltkrieg mit all seinen schlimmen Folgen bis hin zu Auschwitz. Gewerkschaften und Friedensbewegung haben den 1. September zum Antikriegstag ausgerufen. „Nie wieder Krieg“, lautet die Lösung! Das Anliegen wird von Tag zu Tag aktueller. Denn die Bundeswehr übt daran, ein weiteres Erbe der Wehrmacht anzutreten: die Bundeswehr übt für Kriegseinsätze. Dafür wurden Strategie, Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr verändert. Es gibt in verschiedenen großen Städten wie Aachen, Hamburg, Kiel, Mannheim, München und Nürnberg, aber auch kleineren Städten Veranstaltungen und Aktionen zum Antikriegstag. Geht einfach hin, auch wegen der Kurzhaarigen mit Springerstiefeln ...

P.S.: Ich kann auch sachlich, nur bei so einem Sommertheater um die Bundeswehr hatte ich einfach keine Lust mit sachlichen Informationen zu reagieren. Die sachlich-kritischen Informationen zur Bundeswehr sind nachzulesen im Buch: „Die neue Bundeswehr“ oder zu bekommen bei der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Tel./Fax 07071-49154 o. 07071-49159, e-mail: IMI@GAIA.de, Internet <http://www.gaia.de/imil/index.htm>

„Autonomie“ – Vokabel einer internationalen Desinformation

Nach dem letzten Selbstmordangriff am 30. Juli wurde erneut eine kollektive Ausgangssperre für die gesamten palästinensischen Territorien erlassen. Im Rücken dieser Abriegelung haben die israelischen Siedler ihre Attacken auf die besetzten Gebiete erhöht. Daß damit die Genfer Konvention (Verbot der Kollektivbestrafung) verletzt wird, interessiert schon niemanden mehr. Man will Druck auf Arafat machen, daß er sich für mehr „Sicherheit“ und ungleichen „Frieden“ in seinem Reich einsetzen soll. Tatsächlich aber soll auch die Palästinensische Wirtschaft weiter ruiniert werden, die Zersplitterung innerhalb der PalästinenserInnen vorangetrieben werden. So beschreibt es LAW, die palä-

stinensische Gesellschaft für Menschenrechte und Umweltschutz, in einem neuerrichteten Bericht von Anfang August.

„Mit der einen Hand kämpfen wir noch für unsere Heimat, und mit der anderen bauen wir sie schon auf. Und die Unabhängigkeit und die Souveränität kommen bestimmt!“ Der palästinensischen Planungsminister Nabil Shaath wiederholt gebetsmühlenartig solche Floskeln während einer „internationalen Konferenz“ im Shawwa-Kulturzentrum von Gaza. Eine surreale Szenerie: Hier titulieren „Minister“, die gar nichts zu regieren haben, und Uno-Direktoren, wel-



Demonstration in Gaza für die Freilassung palästinensischer Gefangener und gegen die Abriegelung

100 Jahre Zionismus

Befreiung oder Unterdrückung?

Unter diesem Titel fand vom 15. bis 17. August in Basel eine internationale Gegenagung zum offiziellen Herzl-Jubiläum statt. Ziel war die politische Aufarbeitung der ideologischen Grundlagen des Zionismus und deren konkreter Umsetzung durch den Staat Israel.

Ein zentrales Anliegen war die Auseinandersetzung mit Alternativen zu einer von Nationalismus, Rassismus und Kolonialismus geprägten Gesellschaft. Die Tagung richtete sich an all jene – ob jüdischer, palästinensischer oder anderer Herkunft –, die sich für ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben aller Völker und Menschen engagieren.

Zum Thema „Zionismus: Zwischen nationaler Befreiungsbewegung und kolonialistischer Unterdrückung“ referierte Jakob Moneta aus Frankfurt, der israelische Schriftsteller Akiva Orr

sprach zu „Hundert Jahre Zionismus – eine Kritik“.

In Arbeitsgruppen ging es u.a. um die Europäische ArbeiterInnenbewegung und die „Judenfrage“, um die Krise der Israelischen Gesellschaft als Krise des Zionismus, um Antisemitismus und Antizionismus – eine beabsichtigte Begegnungsverwirrung?

Anlässlich einer Podiumsdiskussion sprachen die Mitarbeiterin des Alternativen Informationszentrums Tikva Honig-Parnass und Professorin für Cultural Studies und Women's Studies an der City University of New York Ella Shohat und Saleh Abdel Jawad aus Ramallah, Leiter des Center for research and documentation of the Palestinian Society, Universität Bir Zeit/Westbank.

Die Tagung wurde organisiert von Sozialistische Alternative, Basel / Gesellschaft Schweiz-Palästina, Ass. pour l' Union entre les Peuples Juif et Paléstinien-Une Terre, Deux Peuples, Genf, Alternative Information Center, Jerusalem, Associação des Palestiniens de Suisse, Genf / Neue Partei der Arbeit u.a.

che nichts lenken können, einander als Exzellenzen und Hoheiten, und sie lobhudein „Präsident“ Arafat.

Die Realitäten sehen anders aus, allein die statistischen Daten reichen für einen Eindruck aus:

Seit Ende 1996 umfaßt das „Autonomiegebiet“ 9 Prozent des Gazastreifens und Westjordans zusammen, während die Wasser- und anderen Naturressourcen sowie sämtliche Fenster zur Außenwelt weiterhin durch Israel kontrolliert werden. Ganze 20 Prozent der palästinensischen Grundwasservorräte haben die Besatzer den PalästinenserInnen überlassen, und gerade 20 Prozent aller Haushaltungen haben fließendes Wasser. Der Gazastreifen kennt eine der weltweit höchsten Bevölkerungswachstumsraten, nämlich 7,4 Prozent, und im ganzen Autonomiegebiet sind 47 Prozent der Bewohner unter 15jährig.

Dabei lebt heute 25 % unter einer Armutsgrenze von jährlich 885 Dollar Einkommen. Die Arbeitslosigkeit ist seit 1992 von 10 Prozent auf durchschnittlich 30 Prozent der Werktäglichen angewachsen, überdies sind 11,5 Prozent der Arbeitskräfte minderjährig.

Mehr als die Hälfte der Schulen im Gazastreifen werden von der Uno-Flüchtlingsagentur Unrwa geführt, in Westbank gehören 80 Prozent den Autonomiebehörden. Fast sämtliche Kindergärten sind durch Hilfsagenturen oder privat geführt, und nur gerade 2,5 Prozent davon finden sich im kinderreichen Gazastreifen. Weitere Alarmzeichen kamen wenige Tage später von einem Treffen zwischen Geschäfts- und Finanzleuten in Nablus. Der Wirtschaftsfachmann Hisham Awartani wies nach, daß das Volumen der Investitionen in den Autonomiegebieten stark geschrumpft ist, nämlich von 1,2 Milliarden Dollar 1992 auf 250 Millionen im vergangenen Jahr. Eine Untersuchung des Uno-Koordinators für die besetzten Gebiete bestätigt den Trend und führt die gleichen Ursachen an: einerseits die bedeutenden Erfolgsrisiken infolge der israelischen Abriegelungspolitik, auf palästinensischer Seite eine unklare Rechtsgrundlage für Eigentum und Steuern sowie bedenkliche bürokratische Auswüchse. Der Ausfall an palästinensischem Einkommen infolge der anhaltenden israelischen Blockaden gegen die Autonomiegebiete ist für die vergangenen vier Jahre mit 6,4 Milliarden \$ beziffert worden, oder 4,4 Millionen \$ pro Tag. Die Abriegelungen betrafen im Vierjahresschnitt mehr als 20% aller Werktage.

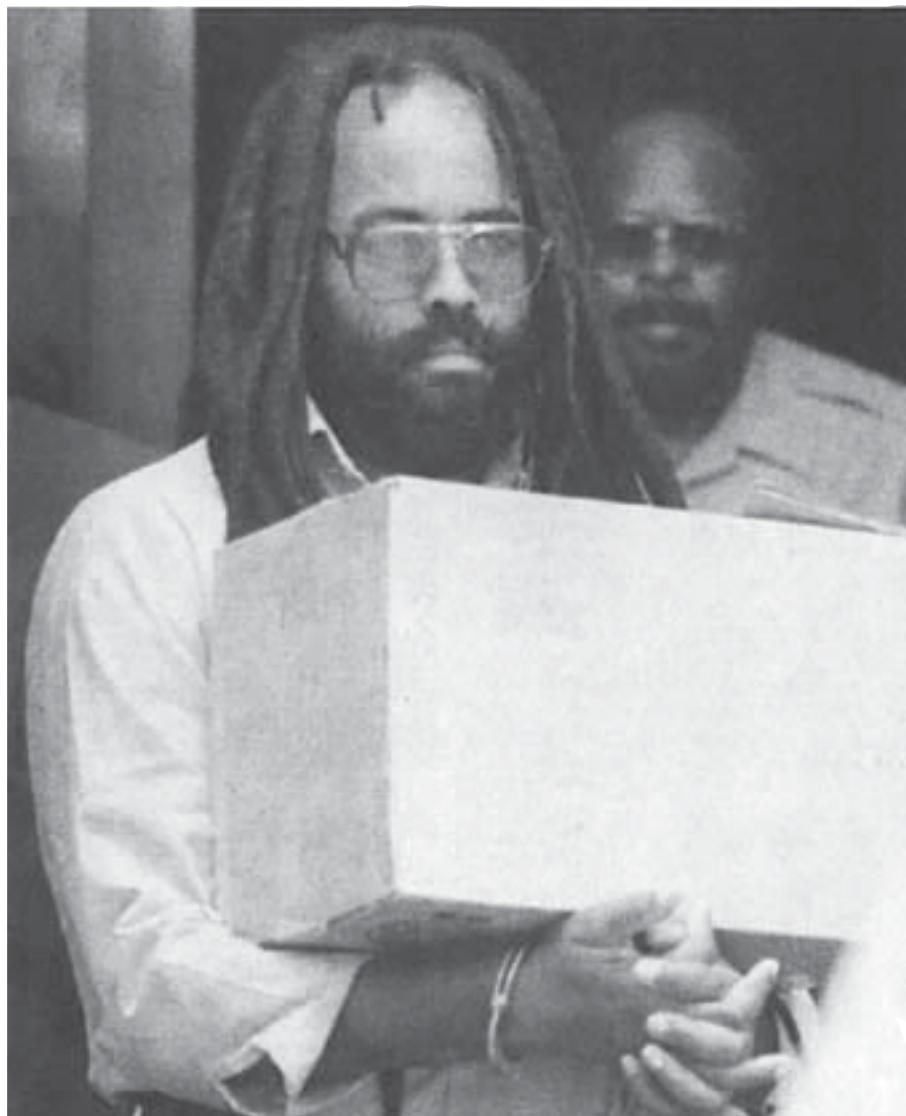
Der Uno-Bericht zeigt weiter auf, daß private Investitionen fast nur in den Bau großer Wohnkasernen und Bürohäuser flossen, während Sektoren mit Tiefenwirkung, wie Landwirtschaft und Fertigungsbetriebe, weit zurückblieben. So steht heute ein palästinensisches BSP pro Kopf von 1.726 Dollar demjenigen von 14.530 Dollar in Israel gegenüber.

Der Autonomievorsitzende Arafat und

seine Helfer klammern sich im Geschäft mit Netanyahu an die gleiche Hoffnung, weil sie keine andere Wahl mehr haben. Überdies haben die Israeli und andere Interessierte mit Bedacht zugeschaut, wie sich der PLO-Klüngel in Gaza seine lukrativen Monopole und Privilegien einrichtete, welche er nun nicht mehr verlieren möchte.

Es fehlen weiterhin jene Schlüsselemente, welche einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung der Autonomieverwaltung erst Aussicht auf Erfolg geben könnten: die Herrschaft über eine kritische Masse an Territorium und eine Hauptstadt, eine exterritoriale Verbindung zwischen allen palästinensischen Enklaven sowie ein See- und ein Flughafen unter eigener Kontrolle, mithin die Basis für einen eigenständigen Außenhandel und eine nennenswerte Außenpolitik. Das sind die entscheidenden Schwächen, welche die Palästinenser wohl sehen, obgleich Arafat, die Israeli und die amerikanischen Schutzherrnen des Osloer Prozesses ihnen mit Beschwörungen einer neuen Ära nach Kräften Sand in die Augen streuen. Zählt man dazu das klare Bild, daß der gewöhnliche Mann wirtschaftlich kaum vom Osloer Unternehmen profitiert, wenn er nicht überhaupt die Kosten dafür tragen muß, so ergibt sich eine einleuchtende Erklärung für eine verbreitete Verwirrung und tiefe Frustration unter dem Volk. Die Opposition erinnert gern daran, daß aus einer ihr ähnlichen, scheinbar ausweglosen Lage 1987 die Intifada entsprungen ist. Das wollen die Geheimdienste der Israelis, der PLO-Agenturen und der CIA aber verhindern ...

mc



Mumia Abu-Jamal

Anhörungen beendet

Nachdem der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania im Februar 1997 einen Antrag der Verteidigung auf eine mündliche Anhörung abgelehnt hat, entscheidet er jetzt, 15 Jahre nach dem Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal, nach Aktenlage und auf Basis der Zeugenbewertungen von Richter Sabo über dessen Wiederaufnahmeantrag.

Die Verteidigung Mumia Abu-Jamals begründet den Rechtsanspruch auf Wiederaufnahme zweifach:

- Die jetzt abgeschlossene Zeugenvernehmung hat bestätigt, daß wichtige Zeugen, darunter die Hauptbelastungszeugin, im ersten Verfahren von der Polizei massiv unter Druck gesetzt worden sind. Eine Zeugin, die nach der Tötung des Polizisten, für die Mumia zum Tode verurteilt wurde, zunächst ausgesagt hatte, sie habe zwei Männer vom Tatort weglaufen, Mumia Abu-Jamal dagegen

verletzt am Boden liegen sehen, behauptete dann im Prozeß, sie habe niemanden fortlaufen sehen. Die Zeugin, eine Prostituierte, sagte im Oktober 1996 aus, sie sei damals von der Polizei mit einer langjährigen Haftstrafe bedroht worden. Vor wenigen Wochen nun enthüllte eine weitere Zeugin, ebenfalls Prostituierte und langjährige Informantin der Polizei in Philadelphia, wie die Polizei im Dezember 1981 mit allen Mitteln versucht habe, Aussagen gegen Mumia zu erpressen. Sie erklärte u.a., daß die einzige Zeugin, Cynthia White, die ausgesagt hat, sie habe Mumia schießen sehen, von der Polizei zu dieser Aussage geprägt worden sei. Diese Hauptbelastungszeugin ist seit 1986 verschwunden. Richter Sabo, der Mumia 1982 zum Tode verurteilte und im Anhörungsverfahren 1995 die Wiederaufnahme ablehnte, hält die Zeugin für tot. Die Verteidigung Mumias hält jedoch die von der Staatsanwaltschaft präsentierte Sterbeurkunde für eine Cynthia White aus dem Jahr 1992 nicht für einen Beweis, da die Fingerabdrücke nicht übereinstimmen. Außerdem fragt sie, warum Richter Sabo die Information vom Tode Cynthia Whites im Verfahren 1995 zurückgehalten hat. Richter Sabo hat die Anhörung von zwei Zeugen, die Cynthia

White noch in diesem Jahr gesehen haben, abgelehnt.

- Ein massiver Rechtsbruch ist auch der zweite Punkt, der den Rechtsanspruch Mumias auf ein Wiederaufnahmeverfahren begründet. Im November 1996 hat ein Bundesgericht festgestellt, daß sämtliche Verteidigerpost des Rechtsanwalts an Mumia, darunter wichtige Strategiepapiere, von der Gefängnisleitung des Hochsicherheitsgefängnisses SCI Greene über einen Zeitraum von 2 Jahren kopiert und der Generalstaatsanwalt von Pennsylvania übergeben wurde. Das Bundesgericht wertete das als „Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte“ Mumias, die ein neues Verfahren notwendig machten.

Die Verteidigung fürchtet dennoch, daß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania den Antrag auf Wiederaufnahme ablehnt. Vor allem von der reaktionären Polizeigewerkschaft FOP gehe ein gewaltiger Druck aus, und die Richter kommen durch Wahl zum Amt. Im Fall der Ablehnung ruft die Verteidigung das Bundesgericht als nächsthöhere und letzte Instanz an.

sc

(Nach einem Artikel von Heike Kleffner in der Frankfurter Rundschau, 4. August 1997)



Landlose in Brasilien

Brasilien – Gefängnisrevolten sind programmiert

Selten einmal blicken die Augen der Medienöffentlichkeit auf den normalen Alltag in den Trikontländern. Immer erst müssen „Skandale“ und „Katastrophen“ den Blick dorthin lenken. Dabei gibt es genügend Mechanismen der Unterdrückung zu kennzeichnen, die so massiv unterhalb der Schwelle der „demokratischen Kontrolle“ liegen, daß selbst MenschenrechtsvertreterInnen in der Hoffnung nach UN-Hilfe rufen lassen, von dort gebe es noch finanziellen und pädagogischen Beistand in der Bewältigung der dramatischen Verhältnisse.

Beispiel diesmal die Situation in den Gefängnissen im größten Land Südamerikas. Aufgrund des direkten Einblicks von Gefängnisseelsorgern, die im Auftrag der katholischen Kirche Zugang zu den Gefängnissen haben, erfährt man etwas über den Alltag in den Knästen Brasiliens, speziell in São Paulo. Mehr als 150.000 Gefangene in Brasilien insgesamt, davon mehr als 40% in der Provinz São Paulo, in der allein über 100 Gefängnisbauten ihre Funktionen erfüllen sollen. Platz ist infolge der chronischen Überfüllung pro Person lediglich je $\frac{1}{2}$ qm. Der enge Raum, die mangelnden hygienischen Bedingungen wie auch keine medizinisch Grundversorgung, keine Beschäftigung, die langen Untersuchungshaften infolge ebensolanger Justizverfahren; Stichworte aus dem Bericht eines österreichischen Seelsorgers, der Zutritt zu den Gefängnissen hat. Für Frauen ist die Situation noch schwerer, oftmals müssen sie in Handschellen ihre Kinder gebären.

Wer in den Knästen landet, stammt in der Regel aus den Favelas

Wer in den Knästen landet, stammt in der Regel aus den Favelas, den unübersehbaren Slumviertel rund um die Cities Brasiliens. Tägliche Kontrollen und Durchsuchungen mit der MP im Anschlag; man weiß schon, woher die Unruhe kommen

kann. Die Gewalt entlädt sich trotzdem: in Brasilien wurde 1993 alle 6 Stunden jemand erschossen. Die Favela-BewohnerInnen: Eine Lobby haben sie auch in der sozialdemokratischen PT nicht, allenfalls in einigen mutigen VertreterInnen der mit der Befreiungstheologie sympathisierenden Basiskirche. Diese unterstützt auch das Movimento Sin Terra, die Landlosenbewegung, die Land besetzen, um den Trend in die Slums der Großstädte zu stoppen, in denen die Hoffnungslosigkeit grassiert.

6.000 bis 7.000 Gefangene in einem Gefängnis auf engstem Raum ...

Armut und Unterdrückung: Endstation Knast; kein Geld für Rechtsanwälte und kein Ausweg in Sicht; dazu konfrontiert mit einem – innerhalb der Knäste – rechtlosen Raum, der Gefahren von offener Tbc bis hin zu Strafzellen im Keller aufweist, dem manche die „Abschiebung“ in die Geisteskrankheit noch vorziehen. 20% Aids-Kranke, bei Frauen sogar bis zu 40%. Das Elend läßt sich nicht in wenigen Stichworten umreißen. Sicherlich finden deshalb in brasilianischen Knästen häufiger Gefängnisrevolten statt; man will Aufmerksamkeit und mindestens moralisches Recht. Es geht um die minimalen Überlebensbedingungen, die nicht bestehen. Im weltgrößten Knast – in São Paulo – leben durchschnittlich 6.000 bis 7.000 Gefangene auf engstem Raum, 2 Stunden Hofgang pro Woche, ohne Rechte und allen mafiosen Strukturen preisgegeben. Was an Verpflegung z.B. durch die Zuliefertür hineingefahren wird, fahren Gefängnisbedienstete durch die nächste Tür wieder hinaus. Während der Besuch streng auf Drogen und Waffen kontrolliert wird, häufen sich der Drogenhandel und die Gewalt der „Pistoleros“ – wer profitiert von diesen „Sicherheitslücken“?

Verständnisvoll die Darstellung des Seelsorgers, daß die Rebellionen ledig-

lich die Sensibilisierung der Bevölkerung erreichen sollen. Kühl seine Einschätzung, daß bei den vielfältigen Geiselnahmen den Gefängnisgeiseln dann nichts passiere, wenn die alte Elite der Gefängnisdirektoren einfach nur die Situation realisieren würden. Das tun sie aber nicht, weshalb es in den letzten Jahren zu schätzungsweise bis zu 300 Toten anlässlich solcher Revolten und Geiselnahmen kam – immer dann, wenn außerhalb die Scharfschützen aufgezogen würden und keine Öffentlichkeit existiere.

Eben deshalb bemüht sich auch die katholische Kirche ihrerseits, immer wieder – im Fall von Geiselnahmen – die Öffentlichkeit hinzuzuziehen und der Stigmatisierung der Gefangenen entgegenzutreten. Das allein ist schon gefährlich genug, sich selbst als Kirchenmann mit der Mafia anzulegen, Personal anzuklagen und als Zeuge aufzutreten.

Mafiose Strukturen aus der Zeit der Militärdiktatur sind immer noch am Werk

Ganz offen erklärt der Kirchenmann mehrfach in seinem Bericht, daß hier alte mafiose Strukturen immer noch am Werk seien, die sich – mit einer Lobby in der Regierung – aus den Zeiten der Militärdiktatur hinübergetragen haben, gegen die keine demokratische Kontrolle bestände. Nichts habe sich geändert, die Folterungen seien ansteigend. Gerade erst mal würden Gesetze vorbereitet, daß auch die Polizei sich an die Zivilgesetzgebung zu halten habe – mit etlichen Hintertürchen. Aber auch diese Gesetze werden von der rechten, dem Militär zugehörigen Seite bekämpft, mit denen sich der neue Präsident Enrique Cardoso (ehemals ein leicht fortschrittlicher Dependenziatheoretiker!) verbündet hat. Folterungen sollen zwar künftig bestraft werden, hat dieser Präsident dekretiert, aber Nachweise und Anklagen werden wohl die schwierige Hürde bleiben. Aufgrund der mangelhaften Ausbildung der Bediensteten (drei Monate Kurztraining) und schlechter Übersichtlichkeit des Gefängnissystems haben sich jetzt Menschenrechtsvertreter an die UNO gewandt und dort um Hilfe gebeten. Der brasilianische Staat gibt vor, kein Geld für einen ausreichenden Überblick – Datenbank der Knäste – zu haben, so daß die Angehörigen oftmals nicht einmal wissen, wo ihre Familienmitglieder verblieben sind.

Und die extrem schlechte Qualifizierung des Personals schafft ein übriges zur ständig gespannten Atmosphäre in den Knästen.

Solche Vorschläge klingen nach verbesserten wissenschaftlichen Methoden der Unterdrückung, sind aber zunächst gedacht als halbbohnmächtiger Hilferuf an internationale Gremien, die „KZ-ähnlichen Zustände“ in den Knästen Brasiliens einzuschränken. Im Herbst dieses Jahres soll diese Forderung breiter abgestützt in den öffentlichen Raum getragen werden.

mc

Kongo: Bonn liefert wieder aus

(*irin-uno-12.8.*) Der neue Präsident Kabila hat die UNO kritisiert, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischt. Die unbewiesenen Vermutungen über Massaker an rwandischen Flüchtlingen sollten beendet werden, indem eine ordentliche Recherche ange stellt werde. Das Volk, daß gerade seine Freiheit erkämpft habe, werde mit unzutreffenden Anschuldigungen verdächtigt. Auch die EU habe für eine Wieder aufnahme der wirtschaftlichen Kooperation mit Kongo gestimmt, die 1992 eingestellt worden war.

Die BRD-Regierung hat am 25. Juni mitgeteilt, daß nun wieder Abschiebungen nach Kongo stattfinden könnten. Ausgenommen seien „Führungs persönlichkeiten des früheren Mobutu-Regimes“, da ihnen Verhaftung und Hausarrest drohe ... Auch die bislang immer abgestrittenen Schwierigkeiten bei der Rückkehr werden nun indirekt zugestanden: „Die früher weitverbreiteten Belästigung durch Angehörige verschiedenster Immigrations- und Sicherheitsdienste finden nicht mehr statt.“

Kenia: Politische Gewalt verurteilt

(*irin-uno 10.8.*) Der Nationale Konvent der Opposition hat den landesweiten Streik vorletzte Woche als Erfolg bezeichnet, jedoch die kenianische Polizei dafür verantwortlich gemacht, daß es zu Zusammenstößen kam. Hierbei wurden u.a. drei Personen – unter ihnen zwei Polizisten – getötet. Diese hätten Jagd auf Streikende gemacht. Nach Informationen der kenianischen Zeitung *Standard* hat die Regierung von Arap Moi die Kirchenführer aufgerufen, sich nicht länger mit der Opposition zu verbünden. Der Erzbischof Gitari habe die Opposition gebeten, für einen Dialog offen zu sein.

Mexiko: „Minimale Unregelmäßigkeiten“ auf deutscher Kaffee finca

(*Juli, Poonal*).- Das örtliche Versöhnungs- und Schiedsgericht entdeckte während einer Untersuchung der Arbeitsbedingungen auf der Kaffeeplantage Liquidámbar im Bundesstaat Chiapas nur „minimale Unregelmäßigkeiten“. Darunter fallen die fehlende Gewinnbeteiligung der ArbeiterInnen, die Verweigerung des Urlaubsgeldes sowie der täglichen Ruhepause von einer halben Stunde, nicht gewährleistete Extrazahlungen für Sonntagsarbeit und der Arbeits zwang an Feiertagen. Das Gericht schlägt außerdem vor, das interne Abrechnungssystem zu ändern: den ArbeiterInnen soll statt nur auf der Plantage geltender Wert marken gewöhnliches mexikanisches Geld ausgezahlt werden. In dem Gerichtsbescheid wird auch darauf hingewiesen, daß es auf der Kaffee finca an einer Schule fehlt, sowie Behausungen, die hygienischen Verhältnisse, sowie ärztli

che Versorgung und andere Leistungen nicht angemessen sind. Wegen des Verstoßes gegen zehn Artikel des geltenden Arbeitsgesetzes werden die Fincabesitzer, die deutschstämmige Familie German Schimpf Dahese, daher zu einer Strafe von 530 Mindestlöhnen verurteilt. (Anm. d. Red.: die Strafe entspricht umgerechnet nicht ganz 2.500 DM.)

Honduras: Botschaft geräumt

(*5.8., pulsar-Poonal*).- 200 Mitglieder der Antiguerrilla-Einheit „Cobras“ beendeten am Sonntag die friedliche Besetzung der costarikanischen Botschaft. Dort befanden sich seit 28. Juli 15 honduranische Indégenas, die politisches Asyl verlangt hatten, in einem Hungerstreik. Die 14 Angehörigen der Chorti und ein Lenca führten ihre Verfolgung durch Militärs und

ihres Kongresses in Guatemala die Regierungen auf ihre Verantwortung hin, die Fälle zu untersuchen, in denen JournalistInnen aufgrund ihres Berufes einem Mord zum Opfer fielen. Die Organisation selbst geht den Spuren seit 1995 nach. Ihr steht dafür eine Spende der Knight-Stiftung in Höhe von 500.000 Dollar zur Verfügung.

Forum von São Paulo kritisiert USA

(*Mexiko-Stadt, 4. 8., Poonal*).- Das VII. Forum von São Paulo, an dem mehr als 50 Mitte-Links-Parteien und -Organisationen Lateinamerikas teilnahmen, verurteilte zum Abschluß ihres Treffens die USA, weil diese den Neoliberalismus in der Region durchsetzten. Es gab jedoch starke Debatten unter den TeilnehmerInnen über die Alternativen. Während der



Proteste der „Landlosen“ in Brasilien nehmen zu. (*1.8., comcosur-Poonal*).- Die Bewegung der Landlosen in Brasilien (MST) wird zusammen mit städtischen sozialen Bewegungen einen großen Protestmarsch für den 7. September durchführen. Jao Pedro Stedile, eine der führenden Persönlichkeiten der MST, sprach sie für eine Ausweitung der Aktivitäten seiner Organisation aus. Die MST dürfe sich nicht mehr damit zufrieden geben, brachliegende Ländereien und die Büros der Siedlungsbehörde zu besetzen. Ebenso solle sie geschlossene Schulen besetzen, Blutspenden in den Krankenhäusern machen und Lebensmittel für die von der Regierung vergessenen Kindergärten überreichen. Stedile ruft „die Arbeitslosen auf, die geschlossenen Fabriken zu besetzen, die Hungrigen, vor den Supermärkten zu protestieren und die Obdachlosen, sich auf freien Grundstück niederzulassen.“

Großgrundbesitzer als Motiv für ihre Aktion an. Die Regierung Costa Ricas lehnte die Asylgesuche als unbegründet ab und war nicht bereit, ihre Entscheidung zu überdenken. Statt dessen rief sie die honduranischen Militärs zur Hilfe. Nach der Räumung setzten die Indégenas ihren Hungerstreik vor dem Nationalpalast in der Hauptstadt Tegucigalpa fort. Neben Garantien für sich fordern sie die Einlösung von Landzusagen für ihre Ethnien.

Lateinamerika: Suche nach den Journalistenmördern

(*Guatemala-Stadt, 1.8., pulsar-Poonal*).- In den vergangenen zehn Jahren sind 173 JournalistInnen in Lateinamerika umgekommen, ohne daß ihr Tod aufgeklärt worden wäre. Die Interamerikanische Pressevereinigung (SIP) wies während

„revolutionäre“ Sektor vorschlug, den Sozialismus ausdrücklich als die Alternative zum Neoliberalismus zu erwähnen, setzte sich die „demokratische“ Fraktion für moderatere Formulierungen ein. Zu letzterer Gruppe gehörte auch der mexikanische Politiker Cuauhtémoc Cárdenas, der in seiner Rede zum Ende des Treffens die Differenzen jedoch zu überbrücken suchte. Es fehlt aber beispielsweise die von Kubas Vertreter José Balaguer vorgeschlagene Formulierung „die einzige Lösung gegen den Neoliberalismus ist der Sozialismus“. Die Minderheit der Radikaleren erreichte, daß ihre Meinungen in einem Anhang zur Schlußerklärung festgehalten wurden. Sie warnten u.a. im Hinblick auf Wahlerfolge der Linken, „an die Regierung zu kommen, bedeutet nicht, die Macht zu erobern“. (Zusammenstellung: mc)

MÜNCHEN. Zu einer Demonstration gegen die NPD/JN und alle anderen Nazis hatte die Antifaschistische Aktion München am 16. August aufgerufen. Trotz tiefster Urlaubszeit und höchster Sommerhitze folgten etwa 500 Antifaschisten dem Aufruf und zogen vom Marienplatz zur NPD-Zentrale in der Holzstraße. Nach einer Rede der Veranstalter, die sich vor allem an die Bewohner der Holzstraße richtete und sie über die Rolle der NPD/JN informierte, verlas Ernst Grube von der VVN-BdA einen Aufruf an die Jugend, den antifaschistischen Kampf im Geiste der Widerstandskämpfer gegen das Hitlerregime fortzusetzen. Zum Abschluß wurde eine JN-Fahne verbrannt. Die Presseprecherin der Antifaschistischen Aktion München: „Der heutige Tag sowie die Erfolge der bundesweiten Kampagne zeigen uns, daß es möglich ist, die Rudolf-Heß-Gedenkmärsche effektiv zu behindern und den Nazis den Wind aus den Segeln zu nehmen.“ R.H.



500 demonstrierten gegen das JN-Zentrum in Bergisch-Gladbach

KÖLN. Ca. 450 Menschen demonstrierten am 16.8. in Bergisch Gladbach gegen das dortige JN-Zentrum um Achim Ezer, Landesvorsitzender der JN in NRW, siehe unser Bild. Die Demonstration wurde von einem breiten Bündnis von Kölner und Bergisch Gladbacher Organisationen getragen und war sicher eine der größten Demonstrationen, die der kleine Ort in den letzten Jahren erlebt hat. Außer auf die Aktivitäten der JN im Bergischen Kreis wurde in den Reden auch auf die rassistische Praxis des Ausländeramtes der Kreisbehörde hingewiesen.

u.b.

Widerstand gegen das Konzert der „Böhsen Onkelz“

ESSEN. Mehr als 100.000 DM Mietentnahmen hat die Stadt durch das Heavy-Metal-Festival am 7.9.1997 im Georg-Melches-Stadion, bei dem die „Böhsen Onkelz“ auftreten sollen. Teile der Verwaltung haben angesichts dieser Summe anscheinend alle Skrupel vergessen – und

den Beschuß des Rates gegen rechtsradikale Veranstaltungen in Essen gleich mit. Denn nach einem Bericht der „WAZ“ vom 12.8.1997 gab es in der Stadtverwaltung durchaus kontroverse Diskussionen um die Frage, ob das Stadion an den Veranstalter des Festivals vermietet werden soll. Erhebliche Bedenken des Jugendamtes wurden nicht berücksichtigt. Die Broschüre „Rechtsextreme Musik“, Bestandteil des Info-Koffers Rechtsextremismus des Jugendamtes, widmet den „Böhsen Onkelz“ immerhin ein ganzes Kapitel und kommt zu dem Schluß, daß sich trotz Distanzierungen von der Szene nicht viel geändert hat. Neben dem deutschen Freidenker-Verband hat sich das Antifaschistische Forum Essen dafür ausgesprochen, das Konzert zu verbieten bzw. abzusagen. wof

Proteste zeigten Wirkung: IG Farben Hauptversammlung abgesagt!

FRANKFURT. Als „einen Erfolg der jahrelangen Proteste“ wertete der ehemalige Auschwitz-Häftling und IG Farben-Zwangsarbeiter Hans Frankenthal, zweiter Vorsitzender des Auschwitz-Komitees in der BRD, die Absage der IG Farben i.A.-Hauptversammlung am 22. August. Das Arabella Congress Hotel in Frankfurt kündigte Ende vergangener Woche den IG Farben-Nachfolgern den Saal, weil andere Firmen sowie Gewerkschaften, die das Hotel häufig nutzen, mit einem Boykott gedroht hatten, falls IG Farben i.A. dort tagen kann.

IG Farben i.A. kündigte unterdessen in einer Presseerklärung an, „ein leerstehendes und gut zu schützendes Gewerbeobjekt in Frankfurt oder einem anderen Börsenplatz zu suchen, um die Hauptversammlung noch in diesem Jahr

abhalten zu können. Daß das schwierig sein wird, weiß auch IG Farben i.A.: IG Farben gehe nicht mehr davon aus, „eine Hotel-Tagungsstätte mit den erforderlichen Kapazitäten in Frankfurt am Main finden zu können und öffentliche Standorte (werden) nicht zur Verfügung gestellt“, heißt es in der Presseerklärung.

„Wenn sich diese Gesellschaft endlich auflöst und das restliche Vermögen zur Entschädigung der überlebenden Opfer und der Angehörigen sowie zum Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz zur Verfügung stellt“, kommentierte Hans Frankenthal die Nöte von IG Farben, „wird sie auch keine Probleme bei der Raumsuche haben.“ Solange jedoch die „endlose Abwicklung“ weitergehe, werde das Auschwitz-Komitee in der BRD zusammen mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre mit allen demokratischen Mitteln weiter versuchen, einen Boykott gegen IG Farben durchzusetzen. Die regelmäßigen Proteste gegen die IG Farben i.A. finden seit elf Jahren statt. IG Farben mußte in dieser Zeit des häufigeren die Räume wechseln: 1991 sagte das Steigenberger Hotel in Frankfurt wegen der Proteste IG Farben den Raum ab, der traditionell für die Hauptversammlungen genutzt wurde. Nach dem Krieg war IG Farben der einzige Konzern, dem ein Prozeß vor dem Nürnberger Tribunal gemacht wurde, dessen Beginn sich am 27.8. zum 50. Mal jährt. (Erklärung des Auschwitz-Komitees)



DÜSSELDORF. Unter der Schirmherrschaft des grünen Bürgermeisters Wolfgang Scheffler veranstaltet das Haus der kurdischen Künstler, Yek-Kom und Kon-Kurd mit Förderung der Carl-Duisburg-Gesellschaft eine Ausstellung im Südpark (Werstenerstr.) in der Zeit vom 15. bis 31. August. In der Freiluftausstellung wird das kurdische Dorfleben erfahrbar. Die handwerkliche Produktion (Weben, Spinnen) wird direkt gezeigt sowie Theateraufführungen, Filme und Konzerte. jöd

Mit LAW UND ORDER gegen Ausländer

HAMBURG. Sieben Wochen vor den Wahlen hat Bürgermeister Voscherau erneut sein ultra-reaktionäres und rassistisches „Sicherheitskonzept“ über die Medien verbreiten lassen: die Justiz sei „zu lau, zu lasch, zu langsam“, die Gesetze müssen verschärft werden („tabufreie Überprüfung des rechtlichen Instrumentariums“) und Vorrang soll die Verfolgung von „Alltagsgewalt“ (wozu Voscherau bekanntlich auch Bettelei, Graffitis und Schwarzfahren zählt) und nicht die Organisierte Kriminalität“ haben.

Die Hauptgefahr für die Innere Sicherheit kommt laut Voscherau von den Ausländern: „Sprechen wir von der zunehmenden Gewaltkriminalität, von der eingewanderten Gewaltkriminalität. Ein schwerwiegendes Problem, das unsere gesamte Demokratie zu unterminieren droht.“ Verurteilte ausländische Täter sollen deshalb sofort „abgeschoben werden, statt in Fuhlsbüttel oder am Holstenglacis die Knäste zu verstopfen“. Voscherau fordert hier u.a., daß über Abschiebungen nicht nur die Verwaltungsgerichte, sondern auch ein Strafrichter entscheiden können soll.

Dieses mit Programmpunkten der Republikaner und der DVU übereinstimmende Konzept hatte Voscherau bereits im Mai auf dem SPD-Parteitag vorgelegt

und klargestellt: „Jeder von euch, der mich heute nominiert, muß wissen: das (angebliche Defizit im Bereich Innere Sicherheit) muß sich ändern“. Und an anderer Stelle: „Noch einmal werde ich in diesem Punkt (Voscherau bezieht sich auf seinen im Herbst 1996 gescheiterten Versuch, arme und kranke Menschen aus der Innenstadt zu vertreiben) nicht ausgebremst“. Dafür erhielt er auf dem Parteitag Standing Ovations. Nur 17 von 300 Delegierte stimmten gegen ihn. Ergänzend und für potentielle SPD-Wähler zur Erinnerung: Vor 3 1/2 Jahren wollte Voscherau („das Boot ist voll“) eine Zugangssperre für Ausländer einführen und kürzlich erklärte er, daß „die Flüchtlingswelle aus fremden Ländern zu den kritischen Übeln gehört“, die er mit „Mumm und geradeaus an der Wurzel packen“ will. Im April dieses Jahres forderte Voscherau „mehr Obrigkeitstaat“ (= feudal-absolutistisches Staatswesen, Begriff für den Träger der öffentlichen Gewalt, insofern diese als wesensmäßig über dem einzelnen Untertan stehend gedacht wird, Bertelsmann Universallexikon). Und der bereits erwähnte sogenannte „Bettler-Erlaß“ ist noch längst nicht vom Tisch. Zurzeit prüft die Innenehördie einen Vorschlag des ehemaligen Innensenators und jetzigen Geschäfts-

führers der Firma Allgemeine Sicherheitsdienste (ASD), Werner Hackmann. Danach soll der Senat öffentliche Straßen und Plätze an Geschäftsleute verpachten, die damit dort das Hausrecht bekämen. Bettlern und anderen „Störrern“ könnte dann problemlos der Zutritt verwehrt werden.

Quellen: Hamburger Abendblatt vom 3./4.5., 5.8.97; Welt vom 18.4., 5.8.97; Frankfurter Rundschau vom 6.6.97 bab

„Beschleunigte Verfahren“

Bezüglich der Behauptung, die Hamburger Justiz sei „langsam“, erklärt die Justizbehörde:

„Das sog. Beschleunigte Verfahren gibt es schon seit Jahren. Von dieser Möglichkeit der erleichterten Aburteilung von Straftätern bei einfachen Sachverhalten oder klarer Beweislage macht Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern am häufigsten Gebrauch und ist damit Spitzenreiter (4.553 Verfahren 1996). Als Höchststrafe kann ein Jahr Freiheitsstrafe verhängt werden. Ferner gibt es das Strafbefehlsverfahren als Möglichkeit zur Beschleunigung.“

(Pressemitteilung vom 27.6.1997)

Lebenssituation älterer Ausländer

HAMBURG. Nach einer Studie der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) leben in Hamburg rund 30.000 Menschen ausländischer Herkunft im Alter von über 55 Jahren. Während von der Gesamtbevölkerung von 1,7 Mio. ca. 30% in dieser Altersgruppe sind, macht

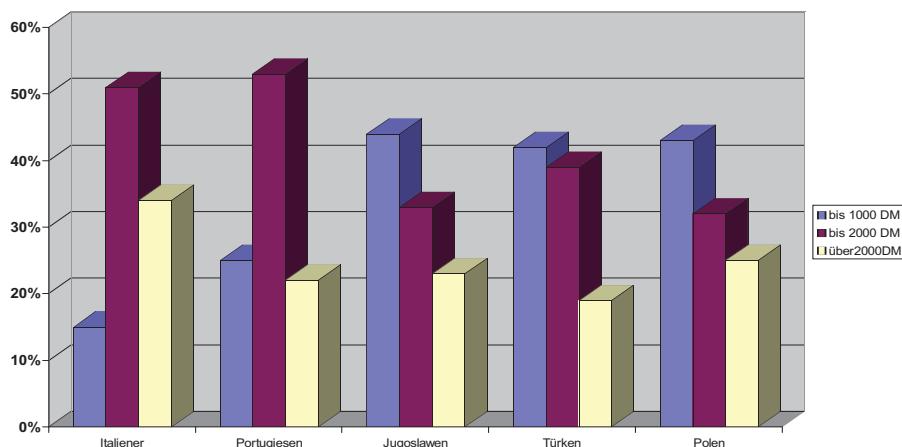
der Anteil der über 55-jährigen bei den 270.000 Ausländern nur ca. 11 % aus. Von ihnen leben 65% über 20 Jahre in Deutschland, über die Hälfte haben versicherungspflichtig gearbeitet. 40% der Befragten, sogar die Hälfte der Befragten türkischer Nationalität mußten ihre Arbeit aus Krankheitsgründen aufgeben. Das reguläre Rentenalter (65 Jahre) haben nur 18 % der ausländischen, aber 41% der Deutschen erreicht. Zu den Ursachen stellt die BAGS fest: „Die hohe

Zahl erwerbsunfähiger türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein Indiz für die extrem hohen Belastungen im Erwerbsleben dieser Migrantengruppe, etwa durch Mehrfachschichten oder extrem starke körperliche Beanspruchung (beispielsweise Hafenarbeit, Bauarbeit)“. 54% der Befragten Ausländer schätzen ihren Gesundheitszustand als „eher schlecht“ bis „sehr schlecht“ ein, während dies nur 24% der deutschen Alten tun.

Obwohl 69 % der Befragten 15 Jahre und mehr in die Rentenversicherung eingezahlt haben, erhalten nur 10% eine Erwerbsunfähigkeitsrente, 23% beziehen Sozialhilfe, 12% bekommen Arbeitslosengeld oder -hilfe. Nur ein Viertel lebt von einer Altersrente oder dem Gehalt. Beim Einkommen zeigt sich eine deutliche Differenzierung zwischen älteren EU-Bürgern auf der einen Seite und Türken, Polen und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien andererseits (Siehe Tabelle). Während z. B. 29% der Türken angeben, mit ihrem Einkommen „sehr schlecht“ zurechtkommen, sind es nur 3% der Italiener. 78% der Türken haben monatlich kein Geld übrig, 37 Prozent der Italiener. Dagegen kommen 62% der älteren deutschen Hamburger mit ihrem Einkommen sehr gut bis eher gut, sowie 31% einigermaßen zurecht.

ulj

Monatliche Einkommen älterer Ausländer in Hamburg



Köln braucht den Ausbau der Drogenhilfe

CDU gegen die kontrollierte Heroinvergabe

KÖLN. Der Geschäftsführer der SPD-Fraktion Norbert Rüther hat sich für die kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige ausgesprochen. Die Ratsfraktion der CDU tat dies als unverantwortlich ab. Jetzt ist er da, der parteipolitische Streit, vor welchem die Experten zu dem Thema vor eineinhalb Jahren beim Hearing im Kölner Rathaus gewarnt haben. Darunter leiden werden weiterhin die Suchtkranken in Köln, aber auch in anderen deutschen Städten.

Heroinabhängigkeit ist eine Krankheit, wie diese Krankheit entstanden ist, welche Ursache sie hat, sei einmal dahingestellt. Tatsache ist, daß den Suchtkranken geholfen werden muß. Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, Heroinabhängigen zu helfen.

Die Menschen, die heroinsüchtig sind, sind ebenso verschieden. Diese Krankheit hat, wie viele andere Krankheiten auch, verschiedene Stadien. Heroingebraucher, die erst seit einer kurzen Zeit Heroin nehmen, brauchen andere Hilfe als Menschen, die seit zehn Jahren und mehr von der Droge abhängig sind.

Deshalb muß das Hilfsangebot auch breit gefächert sein. Es ist genauso falsch, die kontrollierte Heroinvergabe als verantwortungslos zu verurteilen, wie auf der anderen Seite Heroin für jedermann zu fördern. Denn eins ist sicher: Heroin ist ein Stoff, der sehr schnell abhängig macht, der körperlich abhängig macht und dessen Entzug sehr große Schmerzen auslöst!

Bei Menschen, die sehr lange heroinabhängig sind, ist die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Mensch jemals wieder völlig ohne Drogen leben kann, äußerst gering. Diesen Menschen muß es ermöglicht werden, ein würdiges Leben mit der Krankheit zu führen, bei dieser Patientengruppe ist der Abstinenzanspruch unrealistisch.

Er kann sowohl bei den Betroffenen als auch bei den Helfern nur zu Frust führen. Zwischen der Abstinenztherapie und der Heroinvergabe liegt ein sehr breites Spektrum an Hilfsmöglichkeiten, welches auch unbedingt nötig ist. Es gibt Abhängige, die können mit Hilfe von Ersatzstoffen wie zum Beispiel Methadon oder Kodein von der Sucht geheilt werden. Es gibt auch Menschen, die ihr ganzes Leben lang Methadon brauchen werden. Auch in der Ersatzstoffvergabe

ist völlig klar, daß ein Großteil der Kranken den Abstinenzanspruch nicht erfüllen wird. Deshalb ist die Argumentation der Drogenfreiheit bei der Originalstoffvergabe unsinnig. Es gibt Kranken, die nie wieder ohne Drogen leben können. Methadon oder Kodein sind ebenfalls Drogen, ebenfalls gesundheitsschädlich, nicht mehr und nicht weniger als sauberes Heroin. Der wesentliche Unterschied ist die Rauschwirkung. Die Substitute lösen keinen Rauschzustand aus.

Wissenschaftlich nachgewiesen ist, daß die Haltequote (Menschen, die im



Methadon- oder Heroinvergabeprogramm sind) bei der Heroinvergabe wesentlich höher ist (diese Ergebnisse beziehen sich auf die Schweiz). Es gibt also eine Zielgruppe von Menschen, für die die Originalstoffvergabe überlebenswichtig ist: Kranken, die Abstinenztherapien abgebrochen haben und die in der Methadonvergabe nicht bestehen konnten. Bevor diese Menschen wieder das gefährlichere Straßenheroin konsumieren, muß ihnen die Originalstoffvergabe angeboten werden. Die Originalstoffvergabe von Heroin kann nur ein Baustein der Drogenhilfe sein. Unsinnig ist der Schrei nach Heroinvergabe, wenn es sonst keine Angebote der Drogenhilfe gibt.

Köln braucht mehr Methadonplätze

Das Angebot der konventionellen Drogenhilfe in Köln müßte mit der Einführung der Originalstoffvergabe erweitert werden. Köln braucht mehr Methadonplätze, die Bedingungen in der Methadonvergabe müssen mehr an den Bedürfnissen der Patienten orientiert sein. Es muß mehr Kontakt- und Anlaufstellen für Drogengebraucher geben. Der Spritzenaustausch muß flächendeckender organisiert werden (insbesondere wegen der Aids- und Hepatitisprävention). Es

muß auf den Trend in der Szene reagiert werden, daß Heroin immer häufiger geraucht wird, insbesondere von jungen Leuten. Die Präventionsarbeit muß authentischer erfolgen.

Ein Plakat mit Jürgen Klinsmann, auf dem „Keine Macht den Drogen“ steht, hinterläßt bei Jugendlichen kaum einen bleibenden Eindruck, was es erntet, ist Spott. Interessant ist die Drogenpolitik der Schweiz, insbesondere in Zürich. Vieles von dem, was in der Schweiz praktiziert wird, wäre es wert, in Köln übernommen zu werden.

„Wir brauchen einen Ausbau der Drogenhilfe, wir brauchen die kontrollierte Originalstoffvergabe, wir brauchen keine Ideologiedebatte, wenn den Betroffenen geholfen werden soll.“

Präventive Straßensozialarbeit, Angebote der Abstinenztherapie, Kontakt- und Anlaufstellen in jedem Stadtteil, Spritzenaustausch an vielen verschiedenen Orten, Räumlichkeiten, in welchen Drogenkonsumenten ihre mitgebrachten Drogen unter hygienisch einwandfreien Bedingungen konsumieren können, niedrigschwellige Abgabe von Ersatzstoffen, und natürlich Originalstoffvergabe, in Verbindung mit freiwilligen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Wie schon erwähnt ist die Schweizer Drogenpolitik ein großer Erfolg. Einen etwas bitteren Beigeschmack verursacht die Kosten-/nutzenrechnung, die jeder Statistik aus der Schweiz beigeheftet ist. Die Schweizer sparen durch die neue Drogenpolitik pro Tag und Abhängigem 45 Franken. Negativ an der Zürcher Drogenpolitik ist die Abschiebung Drogenabhängiger aus anderen Städten und Kantonen.

Für Köln mit jährlich mehr als 60 Drogenoten heißt das: Wir brauchen einen Ausbau der Drogenhilfe, wir brauchen die kontrollierte Originalstoffvergabe, wir brauchen keine Ideologiedebatte, wenn den Betroffenen geholfen werden soll.

MW

Drogenberater fordern einen menschlichen Umgang mit Drogenabhängigen

CSU will Bürgerentscheid gegen „Fixerstuben“

München. Der Gesundheitsausschuß des Münchener Stadtrats hatte Mitte Juli beschlossen, Räume einzurichten, in denen Abhängige ihre Drogen, die sie sonst versteckt konsumieren würden, unter hygienischen Bedingungen und ohne Verfolgungsdruck zu sich nehmen können. Diese Überlebenshilfe will die CSU mit aller Macht verhindern.

Kreisverwaltungsreferent Uhl droht mit Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft, und CSU-Bezirkschef Peter Gauweiler kündigte einen Bürgerentscheid gegen die „Fixerstuben“ an. Dem Vorbereitungskomitee gehören eben dieser Uhl, Kreisverwaltungsreferent und neues CSU-Vorstandsmitglied, Strauß-Tochter Monika Hohlmeier, Staatssekretärin und stellv. Landesvorsitzende, und Landtagsabgeordneter Thomas Zimmermann an. CSU-Vorsitzender Waigel heizt kräftig mit an: Es werde eine interessante Diskussion werden, wenn der Oberbürgermeister und die Stadtratsmehrheit solche Fixerstuben eröffnen, der Kreisverwaltungsreferent sie wieder schließe und dann das Volk darüber entscheiden könne, was es von dem Thema halte, erklärte er nach der Vorstandssitzung.

Die attackierte rot-grüne Ratsmehrheit will aber nicht aufgeben. Nach Ansicht des Oberbürgermeisters ergibt sich jetzt eine „spannende juristische Frage“, warum das Bundesgesetz in München anders gehandhabt werden solle als in Frankfurt/Main. Dort gebe es seit Jahren Gesundheitsräume, ohne daß Staatsanwaltschaft und Polizei dagegen vorgingen. Die städtischen Juristen haben vom OB die Aufgabe bekommen, dem Problem der unterschiedlichen Rechtsauslegung nachzugehen. Der Gesundheitsausschuß wird eine Informationsfahrt nach Frankfurt durchführen.

Die CSU geht aber noch weiter. Sie will nicht nur keine Fixerräume, sondern erklärt generell Süchtige zu Menschen ohne Willen, für die man eine Zwangstherapie verordnen müßte. Dabei gibt es in Deutschland für rund 150.000 Drogensüchtige nur etwa 6.000 Therapieplätze. Wo soll denn wohl die von Gauweiler und Beckstein geforderte „Therapie“ stattfinden, im Knast vielleicht?

Daß Zwang, Ausgrenzung und Gewalt genau die falschen Mittel im Kampf gegen Drogen sind, macht eine Umfrage deutlich, die jüngst die Münchener Drogen-AG als Zusammenschluß von Selbsthilfeinrichtungen, wie Con Drobs, Caritas und Daytop, unter Konsumenten



durchgeführt hat. 590 Fragebögen gingen in rund 20 Einrichtungen, Kontaktläden, Ambulanzen und Entgiftungskliniken. Rund 370 kamen ausgefüllt zurück. 339 Befragte gaben an, bereits kontrolliert worden zu sein, meist von Polizei, Bundesgrenzschutz oder U-Bahnwache. Fast zwei Drittel (213 Personen) nahmen deren Verhalten bei Kontrollen als „immer oder häufig nicht korrekt“ wahr. Ihren Angaben zufolge erlebten sie • Beschimpfungen (63%), • Kontrolle in einem Raum ohne Zeugen (63%), • Gewaltandrohung (48%), • körperliche Gewalt (41%), • Belästigung (34% der befragten Frauen), • Leibesvisitation von Frauen auch durch Männer (16% der befragten Frauen). Diese und weitere Antworten machen deutlich, daß verstärkte ordnungspolitische Maßnahmen zu einer ernstzunehmenden Verschlechterung der Lebenssituation von Drogenabhängigen führen. Der 75seitige Auswertungsbericht stieß bei den Münchener Ordnungsbehörden auf starke Kritik, Kreisverwaltungsreferent Hans-Peter Uhl spricht gar von einem „skandalösen Verleumdungsversuch“. Darauf von der Presse angesprochen, macht einer der Initiatoren, Suchtberater Eckstein von Con Drobs, deutlich, daß es um mehr Frieden auf der Straße geht. Im Umfeld von Kontaktläden beispielsweise, wo die Berater Kontakt mit der Polizei halten, beschreiben die Abhängigen die Lage als weniger aufgeheizt als andernorts. Auch zur Bevölkerung sei hier das Verhältnis vergleichsweise gut. Eckstein: „Wir wollen darauf hinwirken, daß die Polizei ihren Auftrag so wahrnimmt, daß nicht eine Gruppe von Menschen noch mehr diskriminiert, isoliert und verfolgt wird.“

Am 8. Oktober steht nun die Entscheidung im Stadtrat über die Gesundheitsräume für Drogenabhängige an. baf
Quelle: Süddeutsche Zeitung, 28.7.-9.8.

Gegen Revanchismus und NATO-Osterweiterung

Veranstaltungen gegen den „Tag der Heimat“

BERLIN. Gleich mehrere Veranstaltungen richten sich in der ersten Septemberwoche in Berlin gegen Revanchismus und deutsche Großmachtpolitik: Am 1.9. laden der DGB und die Berliner „Friedenskoordination“ gemeinsam mit der „Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen“ (Berlin) zu einer Veranstaltung aus Anlaß den Antikriegstages ins DGB-Haus. Im Leuschner-Saal spricht dort Prof. Marjan Dobrosielski, langjähriger polnischer Außenpolitiker und polnischer Vertreter bei UNO und KSZE, bis 1980 Vize-Außenminister und heute heftiger Kritiker der NATO-Osterweiterung, zum Thema: „NATO-Osterweiterung - Fluch oder Segen für Europa? 1939-1997 - Diesmal machen sie es richtig?“

Im Anschluß an diese Veranstaltung, die um 18 Uhr beginnen soll, findet eine Mahnwache vor der Gedächtniskirche statt mit der Verlesung von Schicksalen der Opfer rassistischer Gewalt in Deutschland von 1990 bis heute, organisiert von der GEW und der „Mahnwache Brandenburger Tor“. Vom 28. August bis 4. September zeigt der DGB zudem in seinem Foyer die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien“.

Für den 6. September lädt dann ein „Komitee Tag ohne Heimat“ zu Gegenveranstaltungen gegen den gleichzeitig stattfindenden „Tag der Heimat“ der revanchistischen Vertriebenenverbände in die Humboldt-Universität. Die Gegenveranstaltungen unter der Losung „Gegen Revanchismus und deutsche Großmachtpolitik. Wie lange braucht der Volkswagen bis zum Ural?“ sollen um 13 Uhr im HU-Hauptgebäude, Unter den Linden 6, beginnen.

Als Referent/innen wurden gewonnen Bernhard Wagner aus dem Büro der Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach (Grüne), Gudrun Hentges aus dem Büro von Ulla Jelpke (PDS), Dr. Emil Hruska aus Plzen, tschechische Republik, sowie Heiner Möller, früher „Bahamas“ aus Hamburg. In mehreren Vorträgen setzen sie sich mit der Förderung der Vertriebenenverbände durch Bundes- und Landesregierung auseinander, mit den Verbindungen von „Vertriebenenverbänden“ und Braunzone, mit den Traditionen deutsch-völkischer Politik und mit der unseligen „deutsch-tschechischen Erklärung“ und den Umtrieben deutscher Politik und Firmen sowie der „Sudetendeutschen“ in der Tschechischen Republik. Auf einer abschließenden Podiumsdiskussion soll es u.a. darum gehen, wie der Förderung solcher Politik durch den Berliner Senat entgegentreten werden kann.

rül

Oberes Bild: Mittleres Haushaltsnettoeinkommen in Berlin 1995. Unteres Bild: Lebenserwartung in Berlin, Durchschnitt der Jahre 1990-1994, nach Berliner Bezirken. Beide Schaubilder aus: Sozialstrukturatlas Berlin, 1997.

Berliner Senat legt „Sozialstrukturatlas 1997“ vor

Wer arm ist, lebt 6 Jahre weniger

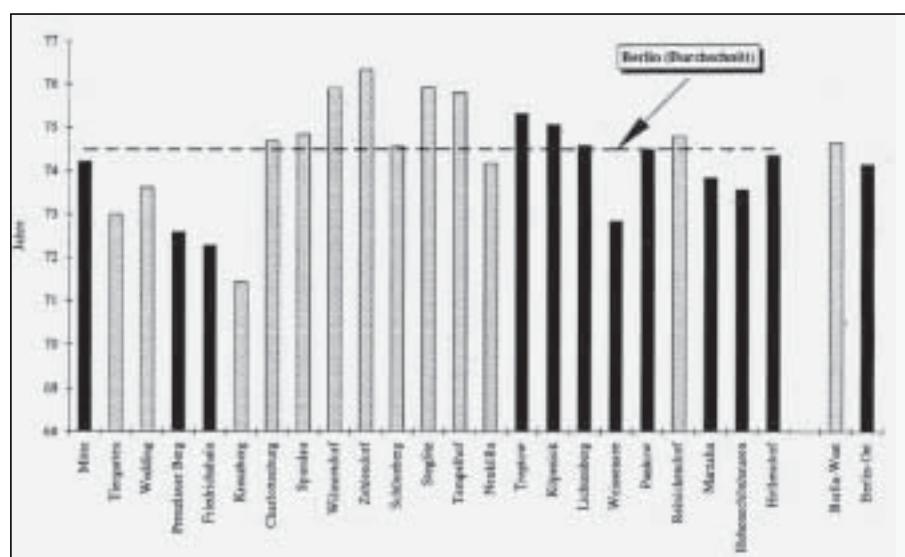
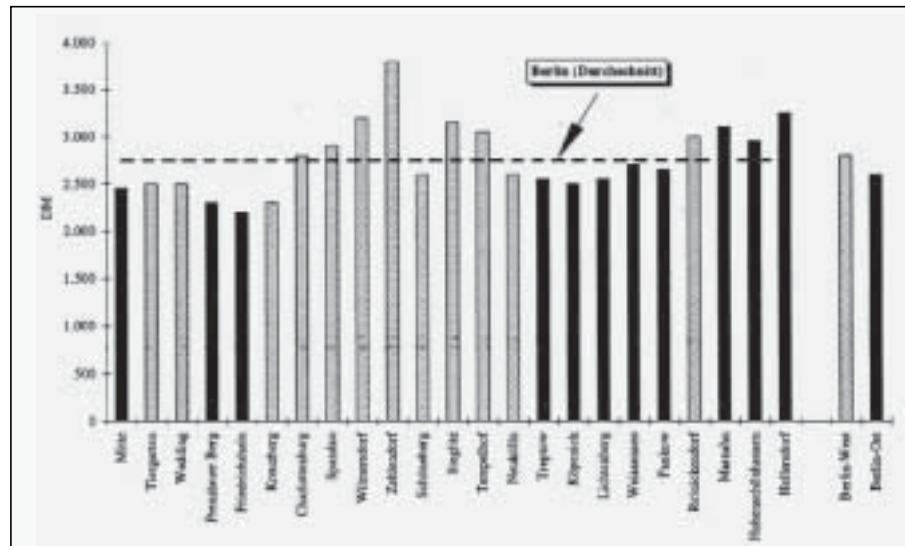
Einen Unterschied von 6,4 Jahren in der durchschnittlichen Lebenserwartung zwischen dem (im statistischen Durchschnitt) ärmsten und reichsten Stadtteil in Berlin, konkret dem von einem grünen Bürgermeister regierten Kreuzberg und der CDU-Hochburg Zehlendorf – das ist eines der Ergebnisse des neuen Sozialstrukturatlases für Berlin.

Im reichen Zehlendorf (durchschnittliches Haushalts-Nettoeinkommen: 3.800 DM im Monat) liegt die Lebenserwartung von Männern bei durchschnittlich 73,95 Jahren. In Kreuzberg, mit 2.300 DM monatlichem Haushalts-Netto am unteren Ende der Berliner Einkommens-Skala, liegt sie dagegen nur bei 67,55 Jahre. (Die Lebenserwartung von Frauen liegt in Berlin – wie wahrscheinlich auch anderswo – um 6 bis 6,5 Jahre höher als die der Männer.)

Wer arm ist, ist auch häufiger krank.

Bei der Zahl der Tuberkulose-Fälle (je 100.000 Einwohner) liegt Kreuzberg mit 41,4 Fällen (im Durchschnitt der Jahre 1992-1995) ebenfalls an der Berliner „Spitze“, dicht gefolgt von Tiergarten (37,9 Fälle, bei den Einkommen auf Platz 20 der 23 Berliner Bezirke).

„Die City-Bezirke Kreuzberg, Tiergarten, Wedding und Friedrichshain mit den größten Quoten bei Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Alleinerziehenden sowie geringem Haushaltseinkommen haben zugleich die höchsten Werte bei vor-



zeitiger Sterblichkeit im Alter“, faßt der Berliner *Tagesspiegel* die Ergebnisse der neuen Erhebung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales zusammen.

Haushaltseinkommen: Angleichung, aber verschiedene Haushaltsgrößen

Interessant ist, daß bei den Haushaltseinkommen bereits 1995 ein West-Ost-Gefälle nur noch bei genauem Hinsehen zu erkennen war. So liegen die (Westberliner) Bezirke Zehlendorf, Wilmersdorf und Steglitz zwar mit einem durchschnittlichen Netto-Monatseinkommen je Haushalt von 3.800 DM, 3.200 DM und 3.150 DM deutlich an der Spitze, dann

aber folgen bereits Ostberliner Bezirke: Hellersdorf (mit 3.250 DM je Haushalt), Marzahn (3.100 DM) und Hohenschönhausen (2.950 DM). Aber: Alle drei Ostberliner Haushalte weisen auch eine größere Personenzahl je Haushalt auf: Hellersdorf 2,6 Personen, Hohenschönhausen 2,4 Personen und Marzahn 2,3 Personen je Haushalt, verglichen mit Gesamtberlin 1,9 Personen und Wilmersdorf nur 1,7 Personen je Haushalt.

Offenbar haben Arbeitsmarkt, soziale Not und Suche nach Ausbildung die Haushalte in diesen Stadtteilen noch nicht so weit zerlegt wie im Westen der Stadt.

TON

Die Hölle Buchenwald

Die Thüringer UNZ berichtete über eine Gedenkveranstaltung im KZ-Buchenwald:

Etwa 150 Antifaschisten hatten sich am 16. Juli auf dem Appellplatz des ehemaligen KZ Buchenwald versammelt, um an den Tag zu erinnern, an dem sich vor 60 Jahren zum ersten Mal das „Tor zur Hölle“ auftat. Unter ihnen Landtagsvizepräsident Dr. Roland Hahnemann und der

Oberbürgermeister von Weimar, Herr Germer.

Pierre Durand, der Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald/Dora und Kommandos, bezeugte in einem Schreiben an die Versammelten „die große Hochachtung vor den deutschen Kameraden, unseren Kampfgefährten, die vielen Häftlingen das Leben retteten.“

Paula Mingau und Pfarrer Peter Franz zitierten aus Briefen und Gesprächen

Goethes, aus denen hervorging, wie sehr er den Ettersberg liebte und schätzte. Sie zitierten aber auch aus Briefen der SS an Sauckel und Himmler, die verdeutlichten, warum und unter welchen Bedingungen Buchenwald errichtet wurde. Und warum man Himmler „bat“, dieses KZ nicht Ettersberg zu nennen, weil dieser Name eng mit Goethe verbunden war und in der Welt mißgedeutet werden könnte.

Ernst Jende, der vom Juli 1937 bis zur

Das wird auch deutlich bei den Anteilen der 1-Personen-Haushalte im Stadtteil. Berlin ist vermutlich bundesweit die Stadt mit dem größten Anteil von 1-Personen-Haushalten: 32,55% aller Haushalte in der Stadt sind 1-Personen-Haushalte von Personen unter 65 Jahren (alleinlebende ältere Personen wurden dabei also nicht erfaßt). Im armen Kreuzberg lag der Anteil solcher Haushalte sogar bei 46,3 Prozent, während in den schon genannten Ostberliner Bezirke Hellersdorf, Hohenhöchhausen und Marzahn nur ein Fünftel (Hellersdorf) bzw. ein Viertel (die beiden anderen Bezirke) der Haushalte solche 1-Personen-Haushalte waren.

Jeder sechste ohne berufliche Bildung

Ein deutlich umgekehrtes Ost-West-Gefälle gibt es dagegen nach dem Bericht weiter bei den beruflichen Abschlüssen. Während in den Ostberliner Bezirken nur durchschnittlich 10,7% der Bevölkerung keinen beruflichen Abschluß haben, liegt dieser Anteil in den westlichen Bezirken bei 21,3 Prozent, also ziemlich genau doppelt so hoch. Auch hier liegen Kreuzberg, Tiergarten und Wedding mit deutlich über 25% ohne beruflichen Abschluß weit über dem (Gesamt- und West-) Berliner Durchschnitt. Die deutlich breitere berufliche Bildung in der früheren DDR hinterläßt hier noch immer ihre Spuren.

Ein Fünftel Abiturienten

Interessant ist auch der Anteil von Personen mit Fach- bzw. Hochschulreife, also in der Regel Abitur. Berlinweit waren das 1995 bereits 20,28% der Bevölkerung, mit Spitzenwerten auch hier in den reichen Westbezirken Zehlendorf (32,53%) und Wilmersdorf (29,61%), aber auch im früheren Ostberliner und künftigen Regierungsbezirk Mitte (31,65%). Den niedrigsten Anteil (und entsprechend höchsten Anteil Personen mit Volks- bzw. Hauptschulabschluß) weisen dagegen die Nordostbezirke auf: Spandau mit 12,37% Anteil Fach- und Hochschulreife (33,89% Volks- und Hauptschulabschluß), Reinickendorf mit 13,61% (35,39% Volks- und Hauptschulabschlüsse) und Wedding mit 12,22% Abiturienten bzw. 33,81% Volks- und Hauptschulabschluß. *rül*

Quelle: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Sozialstrukturalas 1997, Juli 1997

Selbstbefreiung des Konzentrationslagers am 11. April 1945 in Buchenwald eingesperrt war, erinnerte die Anwesenden noch einmal daran, was Buchenwald für Hunderttausende war. Abschließend appellierte er an alle: „Der Schwur der Buchenwalder von 1945 ist noch immer nicht erfüllt – helfen Sie mit, daß nie wieder Faschismus möglich wird!“

(Helmut Kropf, aus: UNZ 15/97)

ARBEITSVERMITTLUNG:

Bonn. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert die Übertragung der Arbeitsvermittlung an die Kommunen. Diese könnten wegen ihrer „speziellen Orts- und Problemnahe“ bei der Sozial- und Jugendhilfe, der Wirtschaftsförderung und der Investitionspolitik eine effektivere Vermittlung leisten als die Arbeitsämter. Sie hätten ein originäres Interesse an einer erfolgsorientierten Arbeitsvermittlung, da über ein Drittel der von ihnen zu finanzierenden Sozialhilfe durch Arbeitslosigkeit bestimmt sei. Der Bund müsse den Gemeinden bei einer Übertragung der Vermittlung dauerhaft ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, und als Sofortmaßnahme Modellprojekte finanzieren.

WOHNUNGSUMWANDLUNG:

Hamburg. Die Hansestadt hat im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von einer kommunalen Genehmigung abhängig machen soll. Die zehnjährige Kündigungsfrist bei Umwandlungen hat bisher nicht den gewünschten Schutzeffekt für die Mieter gebracht. Allein in den Jahren 1993 bis 95 sind in Hamburg 18.000 Abgeschlossenheitsbescheinigungen erteilt worden, die Spekulation mit Mietwohnungen und der Auszugsdruck auf Mieter, Luxusmodernisierungen und Verdrängung einkommensschwächerer Mietparteien gehen weiter. Nachdem der Antrag im Bundestag abgelehnt wurde, will die SPD-Fraktion den Vermittlungsausschuß anrufen. „Mieter helfen Mieter“ hält in der jetzigen Situation einen Umwandlungsstop für angemessen.

GEWERBEKAPITALSTEUER: *München/Bonn.* Der Bayerische Städtetag und der Deutsche Städte und Gemeindebund kritisieren den Ausgleich für die Abschaffung der Gewerbe Kapitalsteuer von 2,2 % des Umsatzsteueraufkommens als unzureichend. Dies sei „kein fairer Ausgleich“ für die Einnahmeverluste der Kommunen, wie er zugesagt worden sei. Es bedeute bundesweit Mindereinnahmen von 220 bis 250 Mio. DM. Beide Verbände begrüßten dagegen, daß den Gemeinden im Grundgesetz das Recht zugestanden werden soll, über eine „auf wirtschaftskraftbezogene mit Hebesatzrecht ausgestattete Steuerquelle“ zu verfügen. Damit sei der Absicht, auch die Gewerbeertragssteuer abzuschaffen, ein Riegel vorgeschoben.

„LÜBECKER MODELL?“:

Elmshorn. Die FDP-Fraktion will prüfen, ob ein sogenanntes „Lübecker Modell“ auch in Elmshorn durchgesetzt werden kann. In Lübeck wurden 1996 Sozialhilfeempfänger durch einen Haushaltsbeschluß von SPD und CDU gezwungen, sich bei

einer gemeinnützigen Beschäftigungs gesellschaft für 2 DM Stundenlohn ausbeuten zu lassen. Wer dazu nicht bereit war, bekam die Sozialhilfe gekürzt. Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion und der Sprecher der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung wiesen diese Diskriminierung Arbeitsloser jedoch zurück. Zudem hat die FDP der Öffentlichkeit unterschlagen, daß die neue rot-grüne Haushaltskoalition in Lübeck für 1997 die Frage der Arbeitsangebote für SozialhilfeempfängerInnen neu klären will, wobei Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung auf freiwilliger Basis geschaffen werden sollen.

MEHRFACHSTIMMRECHTE:

Düsseldorf. Der Vorstand der RWE hat dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre einen Vorschlag gemacht, mit dem das Mehrfachstimmrecht der kommunalen Aktionäre abgeschafft werden soll. Dieses sichert den Kommunen bei derzeit 13,4 % Kapitalanteil 43,2 % der Stimmen auf der Hauptversammlung. Die Kommunen hatten bisher eine Entschädigung von 2 Mrd. DM gefordert. Nach dem RWE-Vorschlag würden sie ca. 1,4 Mrd. DM erhalten. Hintergrund ist die Ankündigung der Bundesregierung, in einer Aktienrechtsreform die „ersatz- und entschädigungslose Aufhebung der Mehrfachstimmrechte“ zu beschließen, wodurch die Kommunen leer ausgehen würden. Der Vka wird über diesen Vorschlag nicht vor Oktober entscheiden.

LÄRMSCHUTZ: *Saarbrücken.* Der Verkehrsxperte des Deutschen Städte- ges, Welge, hat kritisiert, das Bundesimmissionsschutzgesetz erlaube nur dann Lärmschutzmaßnahmen, wenn neue Straßen- oder Schienenwege gebaut oder bestehende wesentlich geändert würden. Bei schon vorhandenen Verkehrs wegen bestehe dagegen kein Anspruch der Bürger auf Lärmschutz. Wenn die Zahl der Lastwagen auf den Straßen zunehme, habe dies keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen zur Folge.

HETZE GEGEN DROGENKRANKE:

Essen. Der Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Essen hat sich als Scharfmacher gegen Drogenkranke betätigt. In einer Pressemitteilung spricht er von „Belästigungen“ und „Bedrohungen“ von Passanten und von be fürchteten Umsatzverlusten des Handels. Er fordert „härteres Durchgreifen“, „Sicherheitsprobleme durch Drogensüchtige und Dealer“ seien „von den öffentlichen Organen zu beseitigen“. Politiker von SPD und Grünen wiesen die Äußerungen zurück. Die Grünen forderten, statt zur Vertreibung anzustacheln, den Kranken endlich die bereits beschlossenen niederschwelligen Hilfsangebote zugänglich zu machen.

Zusammenstellung: ulj

Am 17.7.97 erließ das Bundesministerium für Arbeit einen Erlass, mit dem die Werkvertragsabkommen mit Polen und anderen ost-europäischen Staaten außer Kraft gesetzt wurden. Ab sofort werden keine neuen Arbeitserlaubnisse mehr für polnische Arbeitskräfte erteilt, die in Deutschland für polnische Subunternehmer arbeiten könnten.

Dieses Abkommen über die Entsendung polnischer Werkvertragsarbeiter durch deren polnische Firmen nach Deutschland wurde kurz nach der Vereinigung zwischen den damaligen Arbeitsministern Norbert Blüm und Jacek Kuron unterzeichnet. Argument der polnischen Seite für dieses Abkommen war u.a., daß die DDR mit Polen Abkommen über die Entsendung von Arbeitskräften geschlossen hatte und daß nun die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin der DDR zumindest für die Fortführung der bereits mit der DDR vereinbarten Arbeitsmöglichkeiten verantwortlich sei.

Von bundesdeutscher Seite wurde dies Öffnung des deutschen - vor allem - Bauarbeitsmarktes damals, angesichts eines zu erwartenden Baubooms in den neuen Ländern und der Hoffnung auf „blühende Landschaften“, nicht als problematisch angesehen. Es wurde auch argumentiert, diese Abkommen dienten der Heranführung Polens an die EU und der Entwicklung kapitalkräftiger Firmen daselbst. Polen selbst hatte großes Interesse an diesem Abkommen - so sollten die Steuern und Abgaben der hier arbeitenden polnischen Firmen und Arbeiter doch dem heimischen Finanzämtern und Sozialversicherungen zufließen.

Dieses Abkommen - und diejenigen mit den anderen mittelosteuropäischen Staaten - gerieten jedoch in den folgen-

den Jahren immer in die Kritik. Sei es wegen der hohen Arbeitslosigkeit unter den ansässigen Bauarbeitnehmern oder wegen Verstößen gegen die Bestimmungen des Abkommens.

Für das Jahr 1997 ist das zwischen Polen und Deutschland vereinbarte Kontingent von derzeit höchstens 44.500 WerkvertragsarbeiterInnen im Jahresdurchschnitt sowieso bereits erschöpft. 1997 hätten somit an Polen im jedem Fall keine Arbeitserlaubnisse mehr erteilt werden können. Für 1998 bleibt jedoch ungewiß, ob diese Arbeitsmöglichkeit für polnische Firmen und deren Arbeiter überhaupt weitergeführt werden wird.

Als Grund für die Aussetzung der Abkommen wird die Klage eines französischen Bauunternehmers vor der Generaldirektion 15 der EU-Kommission genannt. Dieser hatte sich darüber beklagt, daß in Deutschland nur deutsche Firmen polnische Subunternehmen beschäftigen könnten. Hieraus entstünde ein Wettbewerbsnachteil für Firmen aus anderen EU-Staaten. Hierauf hat sich die EU-Kommission mit einem Schreiben - allerdings bereits vom 3. April 1996 / vor einem Jahr - an die Bundesregierung gewandt und erklärt, daß die deutsch-polnische Regierungsvereinbarung gegen das Verbot der Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der EU verstößt.

In dem Runderlaß vom 17.7.96 argumentiert das Bundesministerium für Arbeit nun, daß die deutsch-polnische Regierungsvereinbarung nicht auch auf Firmen aus anderen EU-Ländern angewendet werden könnte, weil die zusätzliche Belastung für den deutschen Arbeitsmarkt nicht hinnehmbar sei.

Diese Argumentation ist äußerst fadenscheinig. In der deutsch-polnischen

Regierungsvereinbarung ist die Festlegung von jährlichen Kontingenten vereinbart worden, über welche hinaus so oder so keine Arbeitserlaubnisse für polnische WerkvertragsarbeiterInnen erteilt werden können. Und wenn ohnehin eine Obergrenze für die Beschäftigung polnischer WerkvertragsarbeiterInnen vereinbart ist, dann ist es für den deutschen Arbeitsmarkt ziemlich unerheblich, ob die Arbeiter im Rahmen dieses Kontingents für deutsche, italienische oder portugiesische Firmen in polnischen Subunternehmen arbeiten.

Wenn hier - wie die Klage vor der EU-Kommission nahelegt - jedoch tatsächlich ein Wettbewerbsvorteil für deutsche Unternehmen darin gelegen hat, daß nur sie polnische Subunternehmen in Deutschland einsetzen könnten - ja dann ist doch zu erwarten, daß Firmen aus EU-Staaten (z.B. aus Portugal, Italien oder „Scheinselbständige“ aus England) noch mehr als bisher auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen. Dabei würden sie dann eventuell gar mehr Arbeitsplätze mit ihren Arbeitnehmern besetzen als eben diejenigen, die durch den Wegfall der polnischen „Konkurrenz“ freiwürden.

Selbst wenn es Kräfte in der Bundesregierung und anderswo gäbe, die keinen Sinn mehr in der Fortsetzung der Werkvertragsvereinbarung mit Polen und anderen Staaten sehen, so zieht hier keinesfalls das Argument vom Schutz des heimischen Arbeitsmarktes. Wenn billige Arbeitskräfte gewollt werden, so werden eventuell freiwerdende Arbeitsplätze kaum mit ansässigen Arbeitnehmern besetzt werden, sondern eher mit solchen aus anderen EU-Staaten. Aufgrund der geltenden Vertragslage in der EU kann hier niemand mehr nationale Arbeits-



MIT MEHREREN WARNSSTREIKS unterstrichen die Beschäftigten im Berliner Einzelhandel ihre Forderungen nach Absicherung der Lohnfortzahlung und Lohnanhebung. Seit Juni ist der Tarif abgelaufen, die Gewerkschaft verlangt u.a., die bis Ende des Jahres bereits gesicherte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall unbefristet zu verlängern, sowie Anhebungen der maigren Gehälter im Einzelhandel um 3,5%. Die Kapitalisten verlangten in der ersten Verhandlungs runde, die tariflich

Arbeitsmarkts oder fortgeschrittene Heuchelei?

marktpolitik betreiben – d.h. Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten vom hiesigen Arbeitsmarkt aussperren. Faktisch existiert hier nahezu kein Gestaltungsspielraum mehr für die deutsche Politik.

Unser Verein hat in der Vergangenheit oft Mißstände bei der Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte bei polnischen Subunternehmen beklagt und auf Abhilfe gedrängt. Es wäre jedoch eine Milchmädchenrechnung, anzunehmen, daß solche Mißstände durch den Ausschluß polnischer Firmen vom deutschen Markt abgeschafft werden könnten.

Polnische Unternehmen sind per se nicht schlechter oder etwa gesetzestreuer als deutsche oder italienische, portugiesische oder englische oder irische. Daß wir uns auf die Öffentlichmachung der Verfehlungen polnischer Firmen beschränkt haben, liegt in der Aufgabenstellung unseres Vereins. Viele der Mißstände oder Probleme, die unseren Erfahrungen nach bei polnischen Firmen auftraten, wurden jedoch bereits auch bei Firmen aus EU-Staaten oder gar aus Deutschland beobachtet. So waren es italienische Beschäftigte einer italienischen Firma, die in Trebbin bei Berlin auf die Kräne ihrer Baustelle stiegen und mit Selbstmord drohten – aus lauter Verzweiflung, weil sie weder Geld noch gar etwas zu essen hatten und ihre Firma sie in den Containern hätte verhungern lassen.

Deutsche Firmen windigster Art heuern hiesige Beschäftigte (oft Ausländer mit Dauerwohnsitz in Deutschland – oder auch Deutsche) an und lösen sich vor der Lohnzahlung in Luft auf. Die Betrogenen können dann nach anderthalb Jahren Wartezeit bestenfalls vor einem hiesigen Arbeitsgericht einen Titel gegen eine Fir-

ma erstreiten, die seit einem Jahr nicht mehr existiert.

Wer noch Zweifel über die Praktiken im hiesigen Baugewerbe hegt, der möge sich erinnern, daß in Berlin ein Baustadtrat namens Antes in einen Korruptionsskandal verwickelt war, in dem es einen Waffenhändler namens Putsch und einen Bordellwirt namens Schwanz gab. Hätte die Geschichte ein Autor erfunden, so hätte man ihm mangelnde Phantasie vorgeworfen. Und nicht lange nach der Vereinigung wurde ein Berliner Senatsbaudirektor mit einer Briefbombe getötet (angeblich – aber selbst von der Polizei bezweifelt – von einer linken Gruppierung), welcher Baudirektor versucht hatte, den Berliner Baumarkt für ausländische Investoren zu öffnen – anstatt stets das gleiche Kartell von Firmen mit den lukrativsten Objekten zu bedenken.

So kann sich hier die Vermutung aufdrängen, daß die Aussetzung der Werkvertragsabkommen und deren etwaige Abschaffung weniger dem Schutz des hiesigen Arbeitsmarktes dient als dem Schutz der hiesigen Bauindustrie.

Falls man dem Wähler suggerieren wollte, daß mit der Abschaffung der Werkvertragsvereinbarungen hiesige Arbeitsplätze für Einheimische gerettet werden sollen, so grenzt dies an arglistige Täuschung.

So arbeiten bereits heute zahllose „Selbständige“ aus England in Deutschland, die keinerlei arbeitsrechtlichen Schutz jeglicher Art genießen. Und die Assoziierungsvereinbarungen der EU mit Polen eröffnen heute schon jedem polnischen Bürger das Recht, in einem EU-Land eine Aufenthaltserlaubnis für eine selbständige Erwerbstätigkeit zu erhalten.

Statt nun Werkvertragsarbeiter

aus Polen oder anderen europäischen Ländern ins Land zu lassen, die ihre Arbeitsrechte bislang schon kaum wahrnehmen konnten, weil sie sie vor heimischen Gerichten durchsetzen mußten und hier weder Unterstützung genossen noch die Sprachen konnten, werden ergo in Zukunft eher lauter „Selbständige“ den hiesigen Markt bevölkern, für die – weil eben „nicht abhängig beschäftigt“ – kaum eine arbeitsrechtliche Regelung (und sei es die aus ihren Heimatländern) gilt.

Dies geschieht zufälligerweise in dem Moment, in dem erste Ansätze unternommen werden, um die Rechte der ent sandten Arbeitnehmer zu stärken. So gibt es inzwischen eine EU-Entsederichtlinie und ein deutsches „Entsendegesetz“, so daß immerhin Mindestlöhne für die neuen Wanderarbeiter festgelegt wurden. Dies sind zwar nur unzureichende Versuche und Papier ist bekanntermaßen geduldig. Denn in einer konkreten Problemsituation müssen die ausländischen Arbeitnehmer stets feststellen, daß „Recht haben“ und „Recht bekommen“ zwei verschiedene Dinge sind. Wer – wie unlängst z.B. italienische Bauarbeiter – erst ausgehungert und ohne Geld in seinem Baucontainer in einem brandenburgischen Dorf sitzt, hat kaum die Chance, „seinen“ Rechtsanwalt in Mailand per Fax mit der Beantragung einer einstweiligen Verfügung gegen die italienische Baufirma zu beauftragen. Aber immerhin schufen beide doch – EU-Entsederichtlinien und Entsendegesetz – einen Mindestrahmen für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, obwohl noch keine wirksamen Maßnahmen implementiert sind, um dem geltenden Recht zur Anwendung zu verhelfen.

So kann – und dies zeigt unsere Er-

bereits 1995 vereinbarte Angleichung der (ostberliner) Gehälter ab 1.1.98 auf 100% (bei weiter ungleichen Arbeitszeiten, im Osten gilt die 40-Stunden-Woche) auszusetzen. Andernfalls solle es im Westen gar keine Lohnanhebung geben. Als das große Empörung auslöste, änderten sie in der zweiten Verhandlung ihre Forderung. Nun verlangten sie, bei „wirtschaftlicher Notlage“ die Gehälter um bis zu 10% senken zu dürfen. Beides lehnt die hbv strikt ab. Mit ersten Warnstreiks bei Hertie, im KaDeWe, Reichelt, Wertheim und anderen Betrieben sowie ersten Urabstimmungen für Streik unterstrichen die Beschäftigten ihre Forderungen. Bei KaDeWe z.B. beteiligten sich am 8. August 390 von 550 Beschäftigten an einer Urabstimmung für Streik, am 11. August streikte erstmals eines der drei KaDeWe-Lager einen ganzen Tag. Die Kapitalisten spie-

len jetzt auf Zeit und wollen sich ihre Lohnsenkung durch ein spätes Inkrafttreten des Tarifs holen. Am 25. August sind die nächsten Verhandlungen. Bis dahin will die hbv, unterstützt von der DAG, ihre Warnstreiks weiter ausweiten. *rül*

KORREKTUR zum Artikel „Weitreichende Flexibilisierung“ in PB 16/97. Aufgrund einiger Konfusionen und widersprüchlicher Auslegungen des neuen Tarifvertrages zum ganzjährig gesicherten Einkommen in der Bauwirtschaft ist es im Artikel in der letzten PB zu einer falschen Aussage gekommen. Der Überstundenzuschlag für angesammelte Stunden im Rahmen des Arbeitzeitkontos fällt nicht weg, wenn diese Stunden zur Auszahlung kommen. Das gilt für die „Große Flexibilisierung“, bei der bis zu

150 Guthabenstunden angesammelt werden können. Bei der „kleinen“ tariflichen Regelung, bei der 50 Stunden vorgearbeitet werden müssen, werden die Zuschläge auch berücksichtigt. Die Art und Weise ist Verhandlungssache zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber, so kann z.B. vereinbart werden, daß nach 40 Vorarbeitstunden plus 25 Prozent Zuschlag die erforderlichen 50 Stunden erreicht sind. Die Folgerung im letzten Artikel, daß die Kapitalisten für sie billigere Mehrarbeit rauschlagen können, stimmt damit nicht. Daß aber vor allem mit der „Großen Flexibilisierung“ Überstunden nicht abgebaut werden, sondern zunehmen, bleibt sehr wahrscheinlich. Und das Problem mit der Abwälzung des Risikos bei witterungsbedingten Arbeitsausfall weg von den Arbeitnehmern bleibt nach wie vor bestehen. *tja*

→ fahrung – das geltende Recht nicht durch Kontrollen durchgesetzt werden. Arbeitsämter, Zollbehörden, Gewerbeaufsicht, Bundesgrenzschutz und Polizei, die alle bereits bei diesen Kontrollen eingesetzt werden, haben zusammen nicht genug Kapazitäten, um allein die -zigtäusend Baustellen in Berlin und Brandenburg wirksam zu kontrollieren. Schon die gestern Gedanken durch die Diskussion, daß man „die halbe Bundeswehr einsetzen müsse“, um die Berliner Baustellen zu kontrollieren. Allein der Gedanke hieran sollte sich aus demokratietheoretischen Erwägungen verbieten. Schon die Diskussion darüber, ob den Kontrollen der Arbeitsämter quasi Polizeibefugnisse übertragen werden sollen, verbietet sich meines Erachtens aus diesen Erwägungen heraus.

Es gibt noch genügend andere Gründe dagegen, große Hoffnungen in Kontrollen zu setzen. So wurde uns von polnischen Bauarbeitern wiederholt berichtet, daß diejenigen ohne Papiere regelmäßig vor (sic!) einer Kontrolle angewiesen wurden, an dem Tag doch in ihren Unterkünften zu bleiben statt auf der Baustelle zu erscheinen.

Das wichtigste Argument gegen das alleinige Vertrauen in Kontrollen ist jedoch, daß diese ohne die Mitwirkung der Arbeitnehmer keinen Sinn machen. Falls diese nicht aussagewillig sind, so gestaltet sich die Tatsachenfeststellung von extrem schwierig bis unmöglich. Und im Moment haben die Arbeitnehmer bei einer Aussage gegen die Arbeitgeber nichts zu gewinnen. Falls sie angeben würden, daß sie unter Tarif beschäftigt werden, so haben sie bestenfalls mit dem Verlust ihrer Arbeitserlaubnis oder gar der Ausweisung zu rechnen. Den Arbeitsämtern – so sie denn wollten – ist es sogar untersagt, sich um die Durchsetzung der gesetzlichen Forderungen der Arbeitnehmer an die Werkvertragsfirmen zu bemühen. Diese bleiben dabei auf sich allein gestellt – und angewiesen auf den Rechtsweg im Herkunftsland.

Die Wirkung der zu erwartenden Ausbreitung der (Schein)Selbständigkeit für den hiesigen Arbeitsmarkt mag letztlich weitaus verheerender sein, als es etwa die der bilateralen Werkvertragsabkommen mit Polen und anderen osteuropäischen Ländern waren. Ihr zahlenmäßiger Einfluß auf den hiesigen Arbeitsmarkt war eh eher gering. Der – meines Erachtens – gewünschte Effekt dürfte jedoch der gleiche sein wie heute: Das Bauen wird billiger – auf Kosten der Arbeitnehmer. Und letztlich führt eine derartige Entwicklung auch zu dem von den Liberalen vorgegebenen Ziel – der endgültigen Abschaffung des sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses. An-

statt nur ansatzweise die Verantwortung für Arbeitskräfte zu übernehmen, die ihr Glück auf den hiesigen Baustellen suchen, werden diese dann letztendlich zu Selbständigen gemacht, von denen jeder restlos für sich selbst verantwortlich ist.

Jegliche Beteuerungen jedoch, die Aussetzung oder Abschaffung der Werkvertragsvereinbarungen diene dem Schutz des hiesigen Arbeitsmarktes, diejenen höchstens dem Wahlkampf – sind aber nichts weiter als fadenscheinige Argumentation oder schlimmstenfalls fortgeschrittene Heuchelei.

Der jetzt eingeschlagene Weg ist meines Erachtens ein Holzweg. Um den Arbeitsmarkt zu schützen, würde es mehr Sinn machen, die Rechte der Arbeitnehmer – und zwar ALLER Arbeitnehmer – zu schützen und ihre Konfliktfähigkeit zu stärken. Einer der Versuche hierzu ist die Einrichtung unserer „zentralen integrierten Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa“, wo wir diesem Personenkreis in Arbeitskonflikten Unterstützung angedeihen lassen.

Eine Möglichkeit für die Bundesregierung, sich auf dem internationalen Parkett als tatsächliche Vorkämpferin für die Durchsetzung der Menschenrechte zu profilieren, wäre die Ratifizierung und die Werbung für die UNO-Konvention Nr. 158 vom 18. Dezember 1990 zum Schutz der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien.¹ In der Diskussion um diese Konvention hatte die Bundesregierung energisch dafür plädiert, das Recht der Aufnahmestaaten durchzusetzen, illegale Arbeitnehmer des Landes zu verweisen. Nachdem die Bundesregierung dies durchgesetzt hatte, weigerte sie sich – bis heute – dieses Abkommen zu ratifizieren. Ein beschämendes Zeugnis über die wahren Interessen der reichen Industriestaaten gibt die Tatsache, daß diese UNO-Konvention bis heute nur von wenigen armen Entsendeländern von Wanderarbeitern aus der Dritten Welt unterzeichnet wurde.

Die Aussetzung oder gar Abschaffung der Werkvertragsvereinbarungen mit Polen wären – im Hinblick auf ihre Wirkung für den deutschen Arbeitsmarkt – reine Politiksimulation. Und für die polnische Seite wären sie von erheblichem Nachteil. So schätzt man, daß etwa ein Zehntel der polnischen Exporteinnahmen im deutsch-polnischen Austausch aus diesen Dienstleistungen stammen. Und – nicht zuletzt – die polnischen Arbeitskräfte – die weiterhin kommen werden – würden dadurch nur noch recht- und schutzloser als sie derzeit ohnehin schon sind.

1 International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families A/RES/45/158, 69th plenary meeting, 18 December 1990

ÖTV

Tarifkampf beginnt

Die Große Tarifkommission hat den nachstehenden Aufruf zur Mitgliederdiskussion rausgegeben. Unter der Überschrift „Beschäftigung sichern – Arbeitsplätze schaffen – Arbeitszeit verkürzen“ heißt es:

„Die Arbeitslosenzahlen in Deutschland offenbaren das Scheitern einer Politik, die vorgab, durch Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau eine Kehrtwende auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Allein im Januar stieg die Zahl der Arbeitslosen um rund 500.000 auf untrügliche 4.66 Millionen.

Der öffentliche Dienst wird bei Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze noch allzu oft ausgeblendet. Mehr noch. Auch im öffentlichen Dienst werden Jahr für Jahr Arbeitsplätze vernichtet, von 1991 bis 1995 205.000 Arbeitsplätze von Arbeiterinnen und Arbeitern, 237.000 von Angestellten, davon allein im vergangenen Jahr insgesamt 132.000. Dieser Politik muß entschieden entgegengetreten werden. Es ist besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Die hohe Arbeitslosigkeit bedroht auch die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates und des Sozialstaates.

Es ist höchste Zeit zum Handeln. Auch der öffentliche Dienst muß seinen Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. In wesentlichen Branchen der Privatwirtschaft ist die 35-Stunden-Woche durchgesetzt. Der öffentliche Dienst hat mit 38,5 bzw. 40 Stunden pro Woche fast die längste Wochenarbeitszeit. Deshalb muß als weiterer Angleichungsschritt die 38,5-Stunden-Woche im ostdeutschen öffentlichen Dienst verwirklicht werden.

Die Große Tarifkommission hält an der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich fest. Sofern die öffentlichen Arbeitgeber bereit sind, sich vertraglich neben der Sicherung von Beschäftigung zu einer Schaffung von Arbeitsplätzen zu verpflichten, die regional bzw. örtlich überprüfbar und kontrollierbar sind, ist für die Große Tarifkommission ein soziale gestaffelter Teillohnausgleich verhandelbar.“

Am 23.5. haben Mitglieder der ÖTV Hannover auf Kreisebene über die Entschließung der Großen Tarifkommission diskutiert. Zum gleichen Thema fand eine Versammlung von Personal- und Betriebsräten sowie Vertrauensleuten für den Bereich Land am 7.7.97 statt. In beiden Versammlungen gab es Kritik an der Vorgehensweise des Hauptvorstandes, bereits vor der Beschußfassung der Mitglieder und entsprechender Gremien die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung so in die Öffentlichkeit zu bringen, daß dies bereits einer Festlegung der Forderung gleichkommt. Kritik gab es weiterhin an Kompromißvorschlägen bezüglich



150 Jahre Siemens – Kein Grund zum Feiern –

150 Jahre Siemens ... und noch immer keine Entschädigung

für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

Im Oktober feiert Siemens sein 150jähriges Bestehen. Aus einem kleinen Unternehmen mit 10 Beschäftigten wurde Deutschlands zweitgrößter Rüstungskonzern und Europas größter Elektrokonzern mit 379.000 Beschäftigten und 2,5 Mrd. DM Gewinn im letzten Jahr. Grund zu feiern? Sicher nicht für die heute noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, von denen Tausende zwischen 1940 und 1945 Sklavenarbeit für Siemens leisten mußten.

Siemens war in der NS-Zeit wichtigster Lieferant für elektrotechnische Rüstungsgüter. In den Jahren 1933-1944 stiegen die Umsätze bei Siemens um das Fünffache: von 330 Mill. RM auf 1,8 Mrd. RM – nicht zuletzt deshalb, weil die Belegschaft ab 1940 zu über 30% aus ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen bestand, für die nur eine Zahlung von 4 bis 6 RM pro Person an die SS zu leisten war.

- Anerkennung des den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zugefügten Leids und Unrechts
- Bestätigung des Rechtsanspruchs der Betroffenen auf finanzielle Entschädigung
- unbürokratische sofortige Entschädigung für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und ihre Hinterbliebenen
- Öffnung der Firmenarchive

Bald nach Kriegsbeginn, bereits Anfang 1940, begann Siemens, den permanenten Arbeitskräftemangel in seinen Werken durch jüdische ZwangsarbeiterInnen zu beheben. Als diese ab Herbst 1941 deportiert wurden, wurden sie ersetzt durch Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Siemens beschäftigte Häftlinge aus den KZs Ravensbrück, Buchenwald, Flossenbürg, Groß-Rosen und Auschwitz. An den Siemensstandorten Nürnberg, Wien, Berlin und Neustadt-Coburg gab es KZ-Außenkommandos. Im Frühjahr 1942 führte Siemens Verhandlungen mit der SS über den Aufbau einer Produktionsabteilung direkt im Frauen-KZ-Ravensbrück in Brandenburg.

Am 21.8.1942 begann die Produktion in Ravensbrück mit 20 Häftlingen, drei Jahre später arbeiteten dort über 2.000 weibliche Häftlinge 11 Stunden täglich in 20 Arbeitsbaracken. Ein ehemaliger Häftling, Rita Guidon aus Belgien, berichtet:

„Man nahm dazu junge Mädchen und Frauen, die noch in gutem Gesundheitszustand waren. Wir wurden ausgewählt durch Vertreter vom Siemens-Konzern unter Beihilfe von SS-Männern und Aufseherinnen ... Waren die Häftlinge verletzt oder krank, so schickte man sie ins Lager zurück und Siemens konnte erneut die Auswahl treffen unter den jungen Häftlingen, die neu ins Lager gekommen

waren und so die fehlenden Arbeitskräfte ersetzen.“

Nur unter Druck und weil man in die USA expandieren wollte, hat Siemens 1962 sieben Millionen DM an die Jewish Claims Conference gezahlt. 2.200 jüdische KZ-Insassen, die Zwangsarbeit und Lager überlebt hatten, erhielten eine einmalige Zahlung von nicht mehr als 3.300 DM. Die große Mehrzahl der Siemens-ZwangsarbeiterInnen jedoch wurde bis heute nicht entschädigt.

Siemens behauptet in seiner 1995 erschienenen offiziellen Firmengeschichte „Siemens 1918 - 1945“, zum Aufbau der Ravensbrücker Betriebe gezwungen worden zu sein. Sie beharren darauf, nicht zu Entschädigungszahlungen verpflichtet zu sein.

Als sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) im Mai an den Betriebsrat der Siemens AG in Köln wandte, um die Frage der Entschädigung für Siemens-ZwangsarbeiterInnen zu thematisieren, kam als Antwort ein Schreiben der Kommunikationsabteilung bei der Konzernleitung in genau diesem Tenor: „Wie zahlreiche Großunternehmen hat auch Siemens im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft ... Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigen müssen“, heißt es da. „Eine Wiedergutmachung ... kann nach Auffassung der Siemens AG nicht durch freiwillige Entschädigungsleistungen erfolgen“.

Siemens zitiert dazu eine Stellungnahme der Bundesregierung vom 3.6.96, in der es heißt: „Soweit während des zweiten Weltkrieges ausländische Zwangsarbeiter verpflichtet und eingesetzt worden sind, (können) diese keine direkten Ansprüche an den kriegsführenden Staat oder seine Unternehmen geltend machen ... Solche Forderungen können nach allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen nicht von einzelnen Personen ... sondern nur von Staat zu Staat als Reparationsverlangen geltend gemacht werden.“

Das europäische Parlament sieht das anders. Seine Entschließung vom 16. Januar 1986 stellt fest, es bestehe „eine klare moralische und rechtliche Verpflichtung der Firmen, die Sklavenarbeiter beschäftigt haben, Entschädigungsleistungen zu zahlen.“

Die Siemens AG hat von der Arbeitskraft tausender Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter profitiert. Es kann nicht hingenommen werden, daß Entschädigungsleistungen weiter hinausgezögert werden, bis keiner mehr lebt, der Forderungen stellen könnte.

Kontakt: Aktionsbündnis „Siemens – Entschädigung jetzt!“, U. Bach, c/o VVN-BdA, Seefelderstr. 3, 50825 Köln, Tel. 550 10 41

der Aussage zur sozialen Staffelung eines Lohnverzichts. Kritik deshalb, weil Verunsicherung herrscht, wo die Marke für einen sozial gestaffelten Lohnausgleich gesetzt werden soll. Auch das Argument, daß der öffentliche Dienst seinen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen leisten muß, wurde besonders zum Punkt Schaffung von Arbeitsplätzen als illusorische Forderung benannt. Illusorisch, weil die Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Std. zu keinem nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit durch die öffentlichen Dienstherrn geführt hat. Daß die Arbeitszeitverkürzung eine gewisse Halteleine zum Abbau bedeutet hat, wurde nicht bestritten, aber gleichzeitig aufgezeigt, daß der Abbau kontinuierlich weiterverfolgt und umgesetzt wird. Aufgrund dieser Erfahrungen und der Tatsache, daß in Niedersachsen bis zum Jahr 2003 im Zuge der von der SPD-geführten Landesregierung eingeleiteten Verwaltungs“reform“ 40.000 Arbeitsplätze wegklassifiziert werden sollen, stieß das Argument der Neueinstellungen auf allergrößte Skepsis. Als Risiken der Arbeitszeitverkürzung wurden Lohnabbau, Leistungsverdichtung genannt, Privatisierung und weiterer Stellenabbau. Die Aufforderung der ÖTV zur Solidarität mit den Arbeitslosen wurde als politische Forderung verstanden, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß diejenigen, die diese Arbeitslosigkeit verursacht haben, diejenigen sein müssen, die neue Arbeitsplätze finanzieren müssen.

Die überwiegende Mehrheit der anwesenden ÖTV-Mitglieder lehnte eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ab, weil dies den Kolleginnen und Kollegen nicht zu vermitteln sei. Etliche dieser Aussagen beruhen auf bereits durchgeführten Mitgliederversammlungen in Betrieben und Verwaltungen. Schließlich habe der öffentliche Dienst seit Jahren Lohneinbußen hinnehmen müssen. Und darüber hinaus seien weitere Lohneinbußen von den öffentlichen Arbeitgebern ins Visier genommen, wie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch Kürzung von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld.

Am 28. August wird die Kreismitgliederversammlung Hannover stattfinden. Nach dem derzeitigen Stand deutet vieles darauf hin, daß eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich keine Chance hat als Forderung unterstützt zu werden. bee

Partei welchen Typs?

Auf der Mitgliederversammlung der ARGE Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung in und bei der PDS am 1. August in Schnefenthal (Thüringen), auf der die Sprecher über den Tätigkeit der ARGE im letzten Halbjahr und in diesem Zusammenhang über den Schweriner Parteitag und u.a. den Antrag der ARGE gegen die Änderung des Statuts in Sachen Doppelmitgliedschaft berichteten, wurden Klagen über Verfahren im PDS-Landesverband Baden-Württemberg bei Neueintritten vorgebracht. Die Mitgliederversammlung beschloß nach ausführlicher Diskussion einen Offenen Brief, der am 6.8. an den Parteivorstand, den Parteirat, den Landesvorstand der PDS in Baden-Württemberg sowie an die Mitglieder in diesem Landesverband geschickt wurde. Wir veröffentlichen den Offenen Brief (Dokument 1) sowie ein Antwortschreiben des baden-württembergischen Landesschatzmeisters Pitterle (Dokument 2), in der er in der Form die Befürchtungen als haltlos zurückweist, sie in der Sache jedoch bestätigt: Danach wird beim Eintritt eine Erklärung von Beitrittswilligen verlangt, daß sie in keiner anderen Partei Mitglied sind; bei Nichtvorliegen einer solchen Erklärung werden generell Zweifel geäußert, d.h. die Mitgliedskarte erst ausgehändigt, wenn die Erklärung nachgereicht wird; schließlich liegt die Beweislast beim Beitrittswilligen, der den Beweis per Erklärung zu erbringen hat.

Weitere schriftliche Reaktionen liegen bisher nicht vor. Der Bundesgeschäftsführer sah in einem Telefongespräch mit der Sprecherin der ARGE weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, das Eintrittsformular zurückzunehmen. Er vertrat die Auffassung, daß das neue Formular - frühere Eintrittsformulare enthielten in der Regel nur die Erklärung des Beitritts ohne jeden Zusatz - vollständig der Beschußlage des Parteitags entspreche und die Erklärung zur Parteimitgliedschaft sich zwingend aus der Satzungsänderung zur Doppelmitgliedschaft ergebe. Gleichzeitig gab er die Möglichkeit zu, daß jeder Beitrittswillige seinen Beitritt „theoretisch auf einem Bierdeckel“ erklären könne.

Wenn dies aber auch nach seinen Aussagen möglich ist, ist das Beharren auf sonstigen Erklärungen nicht zwingend, sondern der Versuch, aus der Beitrittserklärung, zu der die PDS sich bewußt entschlossen hatte, ein Aufnahmeverfahren zu machen.

scc

OFFENER BRIEF

ARGE Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung in und bei der PDS

4. August 1997

Liebe Genossinnen und Genossen,
Mit Befremden haben wir während der Mitgliederversammlung der ARGE Konkrete Demokratie - soziale Befreiung in und bei der PDS von einem eigenartigen Verfahren bei Neuaufräumen in die PDS im Landesverband Baden-Württemberg erfahren.

Nach diesen Berichten verlangen die verwendeten Aufnahmeanträge eine Erklärung der Bereitwilligen, daß diese keiner anderen Partei angehören. Bei vorgetragenen Zweifeln an der Richtigkeit dieser Erklärung läge die Beweislast bei den Erklärenden.

Eine solche Praxis, wenn sie denn erfolgt, erscheint uns nicht gedeckt von der auf dem Schweriner Parteitag der PDS beschlossenen Änderung des Statuts: „Die Mitgliedschaft in der PDS wird durch Eintritt erworben. Der Eintritt erfolgt durch schriftliche Eintrittserklärung gegenüber einem Vorstand einer Gliederung der Partei. Innerhalb von vier Wochen nach Eingang der Eintritt-

serklärung hat jedes Mitglied der Partei Einspruchsrecht gegen den Erwerb der Mitgliedschaft.“

Da besagte Aufnahmeanträge vom Parteivorstand herausgegeben sein sollen, ist ein solches Verfahren eine Angelegenheit, welche die gesamte Parteiöffentlichkeit angeht.

Unserer Meinung nach erinnern sowohl die Befragung wie auch die Umkehrung der Beweislast in fataler Weise an die Praktiken im öffentlichen Dienst. Zahlreiche unserer Mitglieder sind solchen Praktiken bei Anwendung des Radikalerlasses wie auch nach dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz ausgesetzt oder ausgesetzt gewesen.

Mit gutem Grund hat die PDS diese Praktiken im Osten wie im Westen als obrigkeitsstaatlichen Eingriff in die Grundrechte und als Verletzung wesentlicher Grundsätze des Rechtsstaats angegriffen. Eine Kritik, die der EUGH so auch ausgesprochen hat und der sich auch deutsche Gerichte in letzter Zeit nicht mehr haben verschließen können.

Wenn solche Praktiken jetzt in der PDS durchgesetzt und geduldet würden, wäre das mehr als fatal.

Wir bitten den Parteivorstand sowie den Parteirat sowie den Landesvorstand

Ein Versuch, ins Gespräch zu kommen

Luken dicht! Fenster auf!

Die folgenden Überlegungen beabsichtigen, einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Sprachlosigkeit, mit der die PDS auf die stillschweigende Nichtachtung ihrer Reformvorschläge reagiert, und den sektenhaften Abschließungsprozessen, die im Gefolge der Schweriner Satzungsänderungen aufgetreten sind (s.a. obenstehende Dokumente). Die Konsequenz der Überlegungen ist, daß die Partei vor der Notwendigkeit steht, die Gegenkräfte der Reformpolitik auszuloten, daß sie akut und dringend darauf angewiesen ist, Kräfte aus den wirklichen Bewegungen für die Mitarbeit zu gewinnen, und daß sie solche Kräfte nur gewinnen kann, wenn sie sich ganz unkonventionell der Veränderung aussetzt, die das Neuhinzutreten von Kräften mit sich bringt.

Enttäuschte Erwartungen

Meinungsumfragen melden inzwischen konstant, die PDS verliere im Osten, konkret im Land Brandenburg, an der Zustimmung der Wähler. Die Rede ist von zwei und mehr Prozent im Landesdurchschnitt und in Zentren wie Potsdam sogar um die acht Prozent. Die Partei nimmt solche Umfragen nicht gerne zur Kenntnis. Sie passen nicht zu der verbreiteten Hoffnung, mit der PDS könne in der BRD eine sozialistische Partei etwas Normales werden und Kohl sei nahe beim Ende, die SPD im Osten chancenlos und die Grünen

sowieso dahin. Die Daten, ungenau und ungewiß, wie Meinungsumfragen sind, bieten aber ausreichenden Anlaß, über die Beziehung zwischen der Partei und ihren Wählern nachzudenken.

Mit dem Schweriner Parteitag suchte die PDS die politische Auseinandersetzung in den Bezügen der Gesellschaft der BRD. Man konnte solche Beschlüsse in der Erwartung oder Hoffnung fassen, die Gesellschaft der BRD, in Meinung und Macht geführt durch die Reichen und die Erfolgreichen, habe den Blick fürs soziale Bedürfnis verloren und warte jetzt auf die PDS, um zu erfahren, was sich mit dem vieler akkumulierten Geld Gutes tun ließe. Nun ersehen die Reichen keineswegs die Sonderabgabe aufs Vermögen, und die Käufer von Arbeitskräften freuen sich nicht auf die Vollbeschäftigung, schon gar nicht, falls diese durch kommunale Wirtschaftstätigkeit, Genossenschaften u.ä. erzielt würde. Die PDS, die solches politisch will, ist damit weit entfernt, sich in die kapitalistische Gesellschaft des ausgehenden Jahrhunderts einzupassen. Sie stellt sich viel eher quer.

Im Rückblick auf den Schweriner Parteitag scheint als Problem auf, daß die Partei ihre in Wahrheit ziemlich radikalen Positionen eventuell in der falschen Erwartung bezogen hat, die Gesellschaft der BRD suche einen Ausweg, während

Baden-Württemberg um Aufklärung. Alle Mitglieder und Sympathisierenden der PDS, die mit solchen und ähnlichen Praktiken konfrontiert sind, bitten wir um sachdienliche Informationen und versichern sie unserer solidarischen Unterstützung.

Die ARGE hat vor und in Schwerin auf die Gefahren bei der Abschaffung der Doppelmitgliedschaft hingewiesen. Sollte es eine solche Auslegung des Schweriner Beschlusses tatsächlich geben, wären unsere Befürchtungen noch übertroffen. Wir werden daher diese Angelegenheit weiter kritisch verfolgen und auf Änderung drängen, bis dieser Schaden von der Partei abgewehrt ist.

Dieser offene Brief ist von der Mitgliederversammlung der ARGE bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen worden.

Schnepfenthal, 1. August 1997
Christiane Schneider, Bundessprecherin, Dieter Strützel Bundessprecher

Kontaktadressen:
Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg
Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19
07549 Gera

Partei des Demokratischen Sozialismus, Baden-Württemberg,
Landesschatzmeister, 8.8.1997
Lieber Dieter Strützel,
über den von Dir unterschriebenen Brief
bin ich ziemlich bestürzt.

Aufgrund ungeprüfter Berichte verfaßt Du einen offenen Brief mit, der von ungeheuren Vorgängen bei der Neuaufnahme der Mitglieder im Landesverband Baden-Württemberg berichtet, die auch sogleich ohne weitere Überprüfung in einen großen Zusammenhang der Berufsverbote und Verletzungen wesentlicher Grundrechte des Rechtsstaats gestellt werden. Von Umkehrung der Beweislast ist die Rede.

Aber gerade von der Umkehrung der Beweislast ist der offene Brief geprägt. Es wird etwas Unwahres behauptet, der von dieser Behauptung Betroffene möge seine Unschuld beweisen.

Auch der Landesvorstand in Baden-Württemberg hat einen Telefonanschluß. Es wäre Dir daher möglich nachzufragen, was an den diesmal gar nicht so kommunalen „BERICHTEN“ stimmt. Gehört nicht die Gewährung des rechtlichen Gehörs zu wesentlichen Grundsätzen des Rechtsstaates, auf den Du Dich in Deinem Brief berufst. Nicht einmal das letzte Wort

vor der Verurteilung wurde uns gewährt.

Richtig ist an den Berichten, daß wir in Baden-Württemberg die neuen Eintrittserklärungen verwenden, wie sie vom Parteivorstand nach dem Schweriner Parteitag herausgegeben wurden.

Diese enthalten den Zusatz: „Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der PDS, erkenne das Statut an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.“ Diese Erklärung entspricht dem Wortlaut des in Schwerin beschlossenen Statuts (Abschnitt 2 Abs. 1). Benutzt ein Beitrittswilliger eine alte Eintrittserklärung ohne diesen Zusatz, fragen wir nach der Mitgliedschaft in einer anderen Partei nach. Erklärt er, daß er parteilos ist, erhält er ohne weiteres Hinterfragen seine Mitgliedschaft.

Der Landesvorstand hat in seiner letzten Sitzung einstimmig diese Herangehensweise gebilligt. Wenn Du behauptest, daß es in Baden-Württemberg Fälle der Umkehrung der Beweislast bei den Beitrittswilligen gibt, dann weise sie bitte konkret nach. Im anderen Falle bitte ich Dich höflichst darum, diese unwahren Behauptungen nicht weiter zu verbreiten. Mit solidarischen Grüßen, Richard Pitterle, Abschriftlich: PV, Parteirat und LV

die Reichen und Erfolgreichen Anhang für die Fortführung ihres Systems der Akkumulation von Reichtum auf der Basis der Armut, der Akkumulation von Macht auf der Basis von sozialer und politischer Ohnmacht suchen. Daß die Partei diesen Hauptstrom der BRD-Politik nicht wahrgekommen hat, zeigt sich in ihrem Unvermögen, den strategischen Stellenwert der Ausländer- und Asylpolitik zu begreifen. Während die PDS in ihrer Wahlstrategie das Problem beschweigt, spricht z.B. Schröder, dessen Politik weit davon entfernt, Rechtswähler für den Regierungswechsel zu gewinnen, eher zur Schrumpfung des linken Lagers beitragen wird.

Die PDS als mitgliederstarke Partei ist ohne Zweifel von der Absicht getragen, gegen politische Entrechtung und soziales Elend anzukämpfen, und das wünschen wohl auch die Wählerinnen und Wähler der Partei. Jedoch, um es bildlich drastisch zu sagen, die Partei tropft mit ihren guten Vorschlägen an der fettigen Oberfläche der Gesellschaft ab. Im Rückblick auf den Schweriner Parteitag bleibt festzustellen, daß Ursache und Härte der Reaktion auf Reformen nicht thematisiert und problematisiert worden sind. Die Partei hat einen Schritt getan, mit Blick auf Programm und Wähler auch in die angemessene Richtung, aber die Wahrnehmung der Umgebung, in der sich alles abspielt, war unzulänglich. So konnte der Parteitag, der die Partei in eine Konfrontation mit der Gesellschaft der Reichen und Erfolgreichen bringt, auch als Parteitag der Anpassung, mißfällig oder beifällig, mißverstanden werden. Die Enttäuschung folgte.

Kultur der Anpassung

Die Interpretation der Anpassung findet ziemlich sicheren Halt in den Beschlüssen, die die Änderung der Satzung betrafen. In der politischen Strategie muß Zeit verstreichen, bis aus einem Vorhaben ein Erfolg oder ein Desaster oder etwas dazwischen wird. Viel schneller können sich die Folgen neuer Normen für das Parteileben realisieren. Die PDS hat auf diesem Parteitag in die äußerst komplexe Beziehung zwischen Partei und Gesellschaft bzw. zwischen Partei und Parteimitglied beschlußmäßig eingegriffen, ohne daß das Problem, was für eine Partei man damit werden wolle, auch nur ausgesprochen worden wäre. Wie geht das zu? Wie kann ein sozialer Formungsprozeß durch zielstrebiges Zusammenwirken vieler ablaufen, ohne daß dessen Inhalte auch nur ausgesprochen werden müßten?

Konzeptionen aus der Lebensweiseforschung, besonders systematisiert vorgebrachten von Pierre Bourdieu, machen diesen Prozeß, der nicht ein Privileg von Narren ist, sondern bestimmendes Reproduktionsmoment des sozialen Lebens, faßbar.

Die soziale Welt ist akkumulierte Zeit, das soziale Leben unterliegt einer Ökonomie der Praxis. Die arbeitsteilig entfalteten Strukturen der Gesellschaft bilden sich nur, indem die Menschen sich zu diesen Funktionen passend machen, sich den Vorbildern, die sie vorfinden, angleichen, und Praktiken entwickeln, die zu der vorgefunden Struktur passend, den Überlebenserfolg gewährleisten. Ob ein Verhalten im weitesten Sinne sich fest- und durchsetzt, hängt in der sozialen Welt zunächst gar nicht von der Begründung

ab, die es findet, sondern von dem Erfolg, der aus ihm folgt. Das Nachdenken, die Kritik kann dem sozialen Handeln vorausgehen, es begleiten oder ihm nachfolgen, sie ist aber nicht seine Voraussetzung.

Wer ein Problem vor dem Gesicht hat, dem treten, erbeten oder nicht, gleich vier mächtige Ratgeber zur Seite. Sie heißen: Das machen wir schon immer so! Das hat es noch nie gegeben! Das macht doch sonst niemand! So machen es doch alle! Die Macht dieser Ratgeber ergibt sich aus zweierlei: Erstens aus dem Überlebenserfolg, den sie darstellen. Sie sind, weil sie Bestand hatten, und was nicht und nirgendwo Bestand hat, kommt nicht in Frage. Zweitens jedoch bieten sie konkrete, ausgebauten Verfahrensweise und Praktiken, die nicht vom Individuum neu ersonnen werden, sondern mit einigen Modifikationen übernommen werden können. Nicht im Sinne eines bloßen Nachäffens, blindlings bloß in bezug auf das Verfahren der Übernahme, das braucht und verbraucht viel Verstand, Nachdenken, Üben.

So ist es möglich, daß eine Menschenmenge sich über ein Problem ausläßt und bindende, recht wirksame Vereinbarungen trifft, ohne dessen sozialen Gehalt überhaupt nur aussprechen zu müssen.

Die Kultur der Anpassung und Übertragung setzt einen höchst aufmerksamen Blick für Stilmerkmale sozialen Verhaltens voraus. Einheitlichkeit, Geschlossenheit usw. usf. Der Prozeß der Übertragung, der Lernens nach dem Beispiel, der, wie alles im kurzen Leben, der Ökonomie, dem Gesetz der immer knappen Zeit unterliegt, wird durch Stilbrüche verlangsamt, schwierig, gestört.

Jede Art von Kritik greift bereits durch die bloße Tatsache ihrer Äußerung ein, sie wirkt schon störend, bevor ihr Gehalt irgendwem ins Bewußtsein gedrungen wäre. Wer auf dem Parteitag war und überhaupt noch streiten will, wird wohl kaum bestreiten können, daß sich derartige Beobachtungen im Verlauf zumindest der Satzungsdebatte in reicher Vielzahl machen ließen. Als ob man gegen eine Wand spräche oder im schalltoten Raum.

Wo PDS draufsteht, muß PDS drin sein – Ein Schluck aus der Pulle der Anpassung

Da die Stilmerkmale, die eine solche Entscheidungssuche ordnen, nicht ausgesprochen werden müssen, sondern genügend wirken, indem sie als soziale Realität oder auch als verbreitete Einbildung der sozialen Realität gegeben sind, führt das Argumentieren in dieser Sache auf den schlüpfrigen Boden der Unterstellungen. Trotzdem geht daran kein Weg vorbei. Es soll hier also unterstellt werden, daß der Schweriner Parteitag mit dem Ausschluß der Doppelmitgliedschaft nicht ein Feld konkreter Wirkungen auf das Parteigefüge der BRD im Auge hatte; auch nicht eine Subordination Hinzutretender unter Parteinstanzen beabsichtigte. Die Mehrheit – und sie war deutlich – dürfte sich durch Orientierungsprozesse an Stilmerkmalen wie: Einheitlichkeit ... Geschlossenheit ... Erscheinungsbild usw. gefunden haben. Der Spruch: „Wo PDS draufsteht, muß auch PDS drin sein“ wurde vielfach strapaziert, obwohl der Partei damit die Rolle einer riesengroßen Flasche geschrieben wird.

Die Prozesse der Anpassung können schief gehen und gehen oft schief. Die Erwartungen, die an die Übernahme äußerlich sichtbarer Stilmerkmale und typischer Praktiken gehängt werden, müssen nicht eintreffen, sie treffen in der Regel nicht ein, wenn die weniger offensichtlichen Ausstattungsmerkmale, v.a. die Ausstattung mit Geld und guten Beziehungen, mit, wie Bourdieu es nennt, ökonomischem und sozialem Kapital, fehlt.

Die PDS, die – und das ist eine Gleichartigkeit im Osten wie im Westen – als Partei vor allem von mittel bis gut ausgebildete Menschen geschätzt wird, denen eine soziale Position versagt bleibt, die sie ihrem Leistungsvermögen für angemessen halten, weil sie ihnen als Lohn der Mühe versprochen worden war, wird sich mit der Frage des „Warum dies“ beschäftigen müssen. Der Schweriner Parteitag läßt den Gedanken zu, diese massenhafte Rücksetzung, diese Entwertung von „Kompetenz“ oder, wie es Bourdieu zutreffender bezeichnet, von „kulturellem Kapital“, von Zeit, die Menschen für die Arbeit an sich selbst aufgewandt haben, sei ein mißlicher Zufall, der Inkompetenz der Regierung zu verdanken, im Grunde leicht abzustellen.

Derartige Hoffnungen brechen sich an der sozialen Realität nach zwei Seiten hin:

Erstens gibt es den Pfad zum Erfolg. Erfolgreiche Karrieren relativieren die ge-

sellschaftliche Dimension der Rücksetzung und entziehen sie damit der politischen Diskussion. Das gesellschaftliche Unglück wird zu einer Frage der persönlichen Schuld. Zweitens stoßen sinnige Vorschläge zu sozialen Reformen auf unerwarteten und vor allem unerklärten Widerstand, das schmälert die konkreten Aussichten einer Reformbewegung und nimmt ihr die Unterstützung aus dem unmittelbaren Bedürfnis.

Die Probleme, die die PDS dem Anschein der Umfragen nach dort hat, wo sie große Partei ist, fallen mit ihrer erkennbaren Schwäche zusammen, die Vorgänge in der sozialen Welt zu erklären. Dies hat Marx mit seinem berühmten Ausspruch wohl nicht gemeint, daß man künftig auf Erklärungen und Interpretationen ganz verzichten und einfach mal so was ändern solle. Das geht schief. Die PDS hat die Chance der Anpassung nicht, weil die Ausstattung ihrer Anhängerschaft mit ökonomischem Kapital, Geld und sozialem Kapital, angemessen, durch Familienbindung und Vermögensgemeinschaft gefestigten „Beziehungen“, nicht gegeben ist.

Die Politik der PDS befindet sich in folgender Klemme: Sie formuliert Vorschläge zur Ordnung des politischen und sozialen Lebens, die plausibel formuliert sind. Gerade weil sie einleuchten, muß besonders erklärt werden, warum damit so ohne weiteres kein Durchkommen ist.

Das kann die Partei nur leisten, wenn sie Analyse und Kritik der Gesellschaft leistet. Analytische und kritische Verfahren können nicht selektiv angewendet werden. Eine Partei, die hier Punkte machen will, muß damit rechnen, selbst zum Gegenstand der Analyse und zur Zielscheibe von Kritik aus den eigenen Reihen zu werden. Gerade weil die spontanen Prozesse der Schließung und Formierung so notwendig stark und mächtig wirken, muß die Partei ein Gegengewicht setzen. Sie setzt es unter anderem, indem sie ihre eigene Identität durch das Hinzutreten von neuen Kräften in Frage stellen läßt. Auch dadurch unterscheidet sich eine moderne, sozialistische Partei von Sekten. Sie wirft nicht das Gewicht ihrer Zahl und ihrer Zeitdauer in die Waagschale, um Hinzutretenden zu beweisen, was sie nicht für Leichtgewichte wären.

Die PDS hat in den vergangenen Jahren solche Verfahren bis zu einem gewissen Grade sogar als eigenes Stilmerkmal ausgeprägt. Sie muß sich nicht um die Früchte dessen bringen.

Eine Partei bietet den Vorteil, daß die Kritik des Gegebenen personalisiert wird. Das andere wird der andere und dadurch lebendig. Der, die oder das andere, das in der Partei zu Wort kommen muß, damit diese als kritische Kraft wirksam werden kann, kommt immer aus der Gesellschaft. Die Frage, welche Leute man in die Partei hineinläßt, ist mit der Frage, welche Gedanken man zur Diskussion in der Partei zuläßt, beinahe identisch.

Die früher nach der Satzung und Praxis der PDS mögliche demonstrative Dopp-

pelmitgliedschaft aufzugeben, war vor allem ein symbolischer Akt, zur Bekräftigung von Normalität, Identität, Einheitlichkeit, Vorrang der Autorität vor der Person usw. Dürfen diejenigen, die ein solches Symbol für angemessen hielten, sich wundern, wenn im Parteileben jemand ernst macht? Haben die Autoritäten das Recht, sich von den Taten der Autoritäten zu distanzieren? Hat man nicht die Pflicht, die Folgen zu untersuchen? In der Diskussion, die dem Parteitag vorausging, wurde oft angesprochen, daß das Verbot der Doppelmitgliedschaft schon deswegen schwierig sei, weil die Partei damit in die Lage eines Ermittlers käme. Da aber in der Tat kein Mensch beweisen konnte, was aus einem solchen Beschuß würde folgen müssen, konnten Befürchtungen als abwegig und wilde Vermutung abgetan werden, und so ging es dann auch. Inzwischen liegen Tatsachen vor.

Die erste Tatsache ist, daß der Bundesgeschäftsführer die Erklärung des Eintritts dazu benutzt, eintrittswilligen Personen die Versicherung abzufordern, sie seien nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteigesetzes. Der Bundesgeschäftsführer weist darauf hin, daß der Inhalt dieser Versicherung dem entsprechenden Paragraphen der Satzung wortgleich sei. Er meint mit gutem Grund, sein Verfahren werde von der überwältigende Mehrheit der Partei gebilligt. Er übersieht dabei, daß es keinen Paragraphen der Satzung gibt, der ihn oder andere ermächtigt, Eintretenden eine Erklärung abzufordern. Die Frage nach dem Rückhalt der vom Bundesgeschäftsführer eingeführten Praktik könnte nur beantwortet werden, wenn dieser eine Satzungsänderung beantragte, nach die Eintrittserklärung mit der Abgabe einer – so und so spezifizierten – Versicherung zu verbinden ist. Man kann zweifeln oder annehmen, daß eine Mehrheit für einen solchen Paragraphen zustande käme, aber man kann nicht zweifeln, daß eine solche Bestimmung nicht in der Satzung steht.

Bei den Diskussionen über die Sache tauchte immer wieder als Argument auf, welchen Sinn sonst das Verbot der Doppelmitgliedschaft hätte. Das Verbot der Doppelmitgliedschaft führt dazu, daß Menschen, die ihre Mitgliedschaft in einer – anderen – Partei im Sinne des Parteigesetzes von sich aus deklariert haben, gehindert sind, der PDS beizutreten. Die deklarierte Mitgliedschaft könnte vor die zuständige Schiedskommission getragen werden. Die Schiedskommission müßte feststellen, ob das vormalige Bekenntnis der beitrittswilligen Person zu einer anderen Partei i.S.d.PG. aufrechterhalten wird, und müßte in diesem Fall dem Einspruch gegen den Eintritt stattgeben. So ähnlich muß es wohl gehen, und wem das nicht gefällt – der Autor will hoffen, es werden mehr und mehr – muß und soll die Satzung ändern. Einstweilen ist es so.

Etwas ganz anderes geschieht indessen, wenn eine Institution, die Partei, einer Person eine Versicherung abverlangt, um

von deren Abgabe etwas, nämlich den Zutritt zur illustren PDS, abhängig zu machen. Die beitrittswillige Person wird in die Haltung des Untergeordneten gedrängt, das den Anforderungen eines Übergeordneten Folge leisten oder die Folgen tragen muß. Das ist groteske Verkehrung der Verhältnisse, denn am Ende ist es doch wohl die Bevölkerung, die Fragen an die Partei zu stellen hat und abwägt, ob deren Versicherungen glaubhaft sind. Aber für den Moment, an dem eine einzelne Person vor dem Tor steht, ist eine solche Verkehrung möglich und ärgerlich wirklich.

Schlichte Lösung?

Wie erklärt sich das anmaßende Verhalten von Teilen der PDS gegenüber Menschen, die Mitglieder werden wollen? Es gibt eine Verbindung zu dem oben angesprochenen Problem. Die Schwierigkeit der PDS, für ihre Reformvorhaben Rückhalt bzw. sogar Mehrheiten zu finden, können von pfiffigen Gemütern darauf zurückgeführt werden, daß diese an und für sich für alle guten Dinge nur deswegen abgelehnt würden, weil die Partei die Propaganda weitergehender Ziele dulde. Aus der Logik solcher Überlegungen folgt, daß solche Meinungen in der Partei marginalisiert, an den Rand befördert werden müßten und danach, daß, was gar nicht hineinkommt, nicht marginalisiert zu werden braucht. Solche Antworten haben den Vorteil, ihrerseits schlicht einleuchtend zu sein. Sie sind aber falsch. Zum Beispiel:

Wer eine soziale Grundsicherung will, greift ein grundlegendes Organisationsprinzip der kapitalistischen Gesellschaft an. Der Kapitalismus konnte nur entstehen infolge der Enteignung der Produzenten von den Produktions- und Reproduktionsmitteln. Eine soziale Grundsicherung wäre ein konkreter Schritt gegen die Folgen der Eigentumslosigkeit an Reproduktionsmitteln. Die Begünstigten müssen nicht lang und breit über eine solche Forderung verhandeln, es ist nicht der Kommunismus, der weit dahinter lauert, oder die Kommunisten, die auch dabei sind, es ist die konkrete Reduktion ihrer Organisationsmacht, die damit einhergehende Minderung der Abhängigkeit von ihrem Heuern und Feuern, die sie spontan, sofort und ohne daß sonst noch was dazukommen müßte aufregt.

Fazit: In der Diskussion der Partei ist es an der Zeit, die Gründe zu benennen und klarzustellen, warum die Landschaften nicht blühen, wieso die Gesellschaft für soziale Anliegen taube Ohren hat. Tritt sie in das Gespräch über das Warum und Wieso nicht ein, verlieren ihre Reformvorhaben Bindekraft. Tritt sie in das Gespräch über die Reformhindernisse ein, muß sie kritische Elemente aus der Gesellschaft in ihren Reihen zulassen, Argumente, Menschen, wie es gerade kommt.

Martin Fochler

Ein Linker fährt in Kur. Was macht er außer baden? Er geht ins Heimatmuseum, schnüffelt 'rum, schreibt. So entstand dieser Reisebericht von Peter Willmitzer.

Der sprichwörtliche Reichtum der Salzburger Erzbischöfe hatte zwei Quellen: das Salz und das Gold aus den Tauern, den höchsten Bergen der Ostalpen. Der Abbau des Tauerngoldes hat eine 3000jährige Geschichte, doch haken wir da ein, als das Gold begann, die abendländische Ökonomie zu verändern.

Das Gasteinertal war nicht nur durch seine heißen Quellen, sondern vor allem durch Goldfunde aus keltischer Zeit berühmt. Dieses Seitental der Salzach ging 1297 aus bayerischem Besitz an das Salzburger Erzbistum über. Der Bischof

ten, in der die Abhängigkeitsverhältnisse festgeschrieben waren. (Das gelang nur teilweise, die Fragmente sind heute in Wien aufbewahrt.)

Die Vorläufer der bürgerlichen Revolution hatten zumindest in dieser Region einen Erfolg. Der Erzbischof brauchte die Gruben, also mußte er in einer neuen Bergordnung den Knappen und Gewerken Sonderrechte einräumen, sowohl soziale wie auch weltanschauliche.

Der Salzburger Bauernkrieg hatte die Stellung der Erzbischöfe aber nicht nachhaltig erschüttern können. (Das pas-

Wo Bismarck badete

Tauerngold, Imperialismus, Wunderheilung

hatte die hochverschuldeten bayerischen Herzöge über den Tisch gezogen. Der Schacher diente vorerst der Abrundung des Besitzes der Salzburger Kirche, noch nicht der Befriedigung der Goldgier. Der organisierte Bergbau setzte einige Jahrzente später ein, mit einem kapitalistischen Dokument von 1342. Es war dies eine Bergwerksordnung für das Gasteinertal, erlassen vom Fürsterzbischof Heinrich von Pyrnbau zu Salzburg.

Gold verlieh Macht – Wohl dem Fürsten, der über die Herstellung von Gold gebieten konnte! Mit der Entwicklung der Warenproduktion erhielt das Gold seine wichtigste Funktion: die Warenwerte auszudrücken, als Geld zu dienen. Geld wurde zum „allgemeinen Repräsentanten des Reichtums“ (Karl Marx). Und so wie der Trieb zur Schatzbildung wurde die Ausbeutung der Menschen maßlos.

Die freien Bergherren

Die Gewerken, so nennen sich die Bergbauunternehmer seit jener Zeit, stöhnten unter den Abhängigkeiten von der Kirche, unter der Steuerlast, von der Adel und Klerus befreit waren. Als im Jahre 1525 vom Gasteinertal der große Salzburger Bauernkrieg seinen Ausgang nahm, standen die protestantischen Gewerken mit den Knappen als kämpfender Truppe gegen die päpstlichen Landesherren auf. Die Aufständischen setzten alles daran, die Verkaufsurkunde von 1297 zu vernich-

tierte erst – Napoleon sei Dank – 1806.) Die Stadt Salzburg konnte von den Bauern besetzt werden, der Fürsterzbischof verzog sich auf Hohensalzburg. Auch die Festung Hohenwerfen über dem Salzachtal, ein militärischer Stützpunkt und Jagdsitz der Kirchenfürsten (gut sichtbar von der Tauernautobahn), konnte von den Bauern erobert und teilweise niedergebrannt werden. Die Rache war schrecklich. Schaudernd blicken wir heute ins Verlies jener Burg, zehn Meter tief, von vier Meter dicken Mauern umschlossen. Die unglücklichen Gefangenen wurden mit einem Seilzug hinabgelassen. Wir erfahren, daß ein Schmied sieben Jahre





darin schmachtete, weil er die Bauern mit Waffen ausgestattet hatte. Als er frei kam, war er blind und wahnsinnig. Wie der Landesherr seiner habhaft wurde? Die Folterkammer gibt Aufschluß darüber – und über die endlose Nächstenliebe, die der geistliche Landesvater über seine Schäfchen ausgoß...

Niedergang und ein Casus Belli

Der Abbau von Gold und Silber erlebte seine Blüte am Ende des 16. Jahrhunderts. 2 000 Knappen waren im Gasteinertal beschäftigt. Nicht zuletzt die Glaubensverfolgung der protestantischen Gewerken führte zum Abstieg der freien Bergherren. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts verließen 20 000 Menschen das Land Salzburg, Kapital wanderte ab. Neue Goldströme aus Amerika drückten den Preis, technische Neuerungen wurden in den nunmehr fürstbischöflich geführten Zechen nicht eingeführt. Dazu kam die Erschöpfung der Erzlager, zu spät wurden Hoffnungsbauten finanziert. Eine Wirtschaftskrise erfaßte das christliche Abendland.

Das Wildbad Gastein war wieder ein einfaches Dorf mit heißen Quellen. Alle möglichen Durchlauchten mit ihren delicaten Damen kurierten ihre Zipperlein und venerischen Krankheiten. Der letzte regierende Fürsterzbischof Colloredo ließ 1803 ein öffentliches Bad errichten. Viele illustre Gäste treibt es nun her. Der Reichsverweser Erzherzog Johann sieht nach einer Badekur gar Vaterfreuden entgegen. Moltke, Wilhelm I., Bismarck empfahlen sich gegenseitig die wundersamen Kräfte, die, wie wir heute wissen, dem Radon zu verdanken sind. Alleine der preußische Ministerpräsident und spätere Reichskanzler weilte neun Mal hier. Er badete und machte Politik.

Mit der Gasteiner Konvention, die die Verwaltung Schleswig-Holsteins durch Preußen und Österreich regeln sollte, hatte Bismarck Anlaß für Streitigkeiten

geschaffen. Die unter anderen zum Deutschen Krieg von 1866 führten. Gastein war fortan kein deutsches Bad mehr ...

Ein U-Boot für Gastein

Am Beginn des 20. Jahrhunderts wurde wieder Gold geschürft im Gasteinertal. Es wurde versucht, die alten Lagerstätten durch Abteufen aufzuschließen, in der Hoffnung auf frühere Erfolge, die sich aber nicht einstellen wollten. Groß war die Konkurrenz, wie etwa der südafrikanischen Minen. Der Preis für Dynamit, nunmehr Staatsmonopol, hatte sich nach dem 1. Weltkrieg verdoppelt. Die Knappen wollten angemessen entlohnt sein. 1927, am Höhepunkt der Wirtschaftskrise, mußte der Abbau wieder ruhen. Die Mehrheit der Kuxe (Anteile an einem Gewerk) war an den österreichischen Staat übergegangen und der stellte in den folgenden zehn Jahren gerade so viele Mittel zu Verfügung, um die Anlagen in betriebsfähigem Zustand zu halten.

1937 – im „Gewerkschaftsrat“ (wo sich die Gewerken, also die Anteilseigner versammelten) kam es zu Auseinandersetzungen, die für den Zustand der österreichischen Bourgeoisie damals typisch waren. Die Vertreter des Staates wehrten sich gegen Kapital „aus dem Reich“. Neue Investitionen waren nötig, und die deutschnationalen Gewerkenvertreter hatten im Reich bereits sondiert. Nun waren die ablehnenden Herren aus Wien keineswegs Antifaschisten, erst 1934 hatte dieser Staat einen Arbeiteraufstand zusammenschießen lassen. Nein, der austrofaschistische Staat stand in Konkurrenz zum Hitlerfaschismus. Man versuchte, durch Anlehnung an Mussolini und durch Poussieren mit dem britischen Imperialismus sich durchzuwursteln, um der drohenden Einverleibung durch Hitlerdeutschland zu entkommen.

Es unterlagen schließlich die Großdeutschland anhängenden Kuxenbesitzer, und ein englischer Trust erhielt die

Schürfrechte. Noch am 4. Februar 1938 wurden die Verträge, die großzügige Abgabe- und Ausführregelungen beinhalteten, von der österreichischen Regierung bestätigt.

Der Einmarsch der Hitlerwehrmacht am 12. März 1938 in Österreich machte den Deal jedoch hinfällig. Die Reichsregierung in Berlin – jetzt auch zuständig für Gastein! – war zu keinen Zugeständnissen an die englischen Goldsucher bereit, worauf diese sich zurückzogen. Zum Zuge kam jetzt die seit einiger Zeit schon in Lauerstellung liegende Preussag (Preußische Bergwerks- und Hütten AG). Deren Aktien waren in Staatsbesitz, oberster Dienstherr war also Göring, dessen Goldgier ebenfalls berüchtigt war. Die Preussag übernahm den Kuxbesitz des nicht mehr existierenden österreichischen Staates, erwarb in forschter Art und Weise den größten Teil der in Privatbesitz befindlichen Kuxe und wurde so Alleineigentümer des Goldbergbaus.

Die Gasteiner Hotellerie erlebte einen Anschluß-Boom. Nicht nur durch „Arisierungsgeschäfte“, sondern vor allem durch den Zustrom von Badegästen aus dem Reich. „Das historische Heilbad der Deutschen ist nunmehr wirklich ein deutsches Bad geworden“, jubelt die Kurverwaltung in einem Werbeschreiben. Göring stolziert, stabschwingend in Marschallsuniform, mit Gefolge durch Gastein, um im „Kaiserhof“ Logis zu nehmen.

Die Bäderlobby krönt ihre treudeutsche Gesinnung – mit einem U-Boot. Für das U118 wird 1941 die Patenschaft übernommen. Es trägt nunmehr den Namen „Bad Gastein“. „...Sieghaft sei es im harren Ringen um Deutschlands Größe und Zukunft“, heißt es in der Urkunde.

Ein Phänomen

Der Goldbergbau war indessen trotz eines Investitionsprogramms, das vom Reichswirtschaftsministerium gefördert

war, wenig erfolgreich, ja schließlich defizitär. Die Belegschaft stieg von 170 (1940) bis auf ca. 400 Mann (1944), wobei durchgehend 30 bis 60 Kriegsgefangene Zwangsarbeit leisten mußten!

Beim Auffahren eines neuen Hoffnungsstollens wurde nach etwa 1800 Metern Vortrieb ein rasches Ansteigen der Gesteinstemperatur bis auf 44 Grad Celsius festgestellt, gleichzeitig nahm die Luftfeuchtigkeit zu. Die erhofften Gold-erze wurden nicht gefunden, aber das Stollenklima hatte überraschende Folgen: Die Bergleute berichteten, daß rheumatische Beschwerden und Atemwegserkrankungen verschwanden, nachdem sie in dem Stollen gearbeitet hatten.

Am 1.8.1944 wurde auf Befehl des Reichswirtschaftsministeriums der Abbau eingestellt, sämtliche Maschinen wurden abtransportiert. Das war das Ende des Goldbergbaus im Gasteinertal. Was blieb, war ein reichsdeutscher Stollen und das Wissen um ein Phänomen. Nach Kriegsende wurde festgestellt, daß die Stollenluft mit Radon angereichert ist. Die Universität Innsbruck bescheinigte dem Stollenklima einen großen therapeutischen Wert. 1953 wurde der „Heilstollen Gastein“ zur Einfahrt freigegeben.

Höllische Gedanken

Was hat doch eine Mitpatientin während der Einfahrt im Stollenzug gefragt: „Ob das in der Hölle auch so ist? Station 1, Station 2, 3 usw.?“ Es gibt vier Stationen mit jeweils steigenden Klimawerten. Diese werden vom Kumpel auf der Lok ausgerufen, und je nach Kurfortschritt dürfen wir den Zug verlassen.

Kein Teufel kommt, um uns zu zwacken, während wir im Stollen liegen. Die Luft ist wie Watte. Der Stollenarzt fragt freundlich, pulsmessend, nach unserem Befinden. Wir finden unseren Atemrhythmus. An Schlaf ist nicht zu denken, zu sehr ist der Kreislauf nun angeregt. Millionen Tonnen von Urgestein türmen sich über unseren Pritschen und rufen diese Gesteinswärme hervor. 41 Grad Celsius und 90 % relative Luftfeuchtigkeit erzeugen eine Überwärmung des Körpers. Das Radongas, über die Atemluft aufgenommen, wird in alle Fasern unseres Körpers transportiert. Darum ist die Stollenkur wirkungsvoller als die Badekur. Noch sind die Wirkungen nicht bis ins kleinste Detail erforscht. Wissenschaftler sprechen heute von einer Beeinflussung des Zellkerns durch die Alphastrahlung, deren Träger das Radon ist. Sie nehmen an, daß das Reparatursystem des Zellkerns angeregt wird. Vermutet wird auch eine Verbesserung der Hormonregulierung. (Für alle, die's genau wissen wollen: Radon ist ein Edelgas, ein Zerfallsprodukt des Urans. Die Alphastrahlung wirkt im Körpergewebe 20 Mikrometer tief. Sie ist nach drei Stunden nicht mehr nachweisbar.)

Wir haben uns an das Stollenklima gewöhnt und beginnen uns wohl zu fühlen.

Aber schon bei der kleinsten Bewegung dringen Sturzbäche von Schweiß aus allen Poren. Was waren das für Kumpels, die hier schwerste körperliche Arbeit verrichten mußten? Wurden hier die Kriegsgefangenen eingesetzt?

Gehorsam befolgen wir die Anordnungen des Stollenarztes: „Sprechverbot“ und „Ruhig atmen“. Die Gedanken kreisen um die Höllenfrage. Beruhigend ist, daß kein Erzbischof anzutreffen sein wird. Eher schon die aufständischen Knappen, Thomas Müntzer ... auf welcher Station wohl Karl Marx? Der Lohn für den Aufenthalt in der Vorhölle ist Schmerzfreiheit, medikamentenfreies Leben über Monate hin, Stillstand der Leiden. Das alles bringt diese weltweit einzigartige Klimakombination. Clevere deutsche Krankenkassen wie die Barmer oder die Siemens-Betriebskrankenkasse schicken ihre Mitglieder hierher, weil das Preis-Heilungs-Verhältnis ein gutes ist. Die Erfolge sind belegt, statistisch erleben 80 bis 90 % der einfahrenden Patienten Linderung. Das Perfide ist, daß die Nazis eigentlich Gold finden wollten.

Die Klassenfrage ...

... konkret gestellt, trotz imposanter Gebirgslandschaft, trotz alles überragende Granitpyramiden und ewigem Eis.

Die Auslastung der Kurhotels geht zurück. Die sogenannte Gesundheitsreform im deutschen Nachbarland redu-

ziert sogar die Besetzung der Stollenzüge.

Altehrwürdige Hotels aus Kaisers Zeiten verkommen, es ist unrentabel, sie aufzumöbeln. Das „Kaiserhof“ soll in eine Ferienwohnanlage für Geldige umgebaut werden. Wilhelm II. und Franz Josef I. trafen sich hier in den glanzvollen Zeiten Gasteins. Hotelpaläste, kühn auf die Felsen gesetzt, verrotten. Schwarze Fensterhöhlen gähnen, aus den Kellern dringt Modergeruch. Sic transit gloria mundi - und über allem rauscht die Ache.

Im Oktober 1948 zogen die Kellner der Hotels - Proletarier im Frack - mit einer roten Fahne durch Bad Gastein und forderten: Mehr Lohn! Ein arabischer Potentat soll sich vor der Fahne ehrfürchtig verneigt haben.

Hier pflegten ihre Unpäßlichkeit der Schah von Persien, Ibn Saud von Saudi-arabien, diverse Hollywoodstars und natürlich Louis Trenker. Der Jetset der 50er und 60er Jahre verzog sich an andere Spielplätze, als das gemeine Volk zur Kur nach Gastein strömte. In den 60er Jahren war eine gewisse Demokratisierung der heilenden Kräfte zu verzeichnen. Eisenbahner, Postler und Pensionsversicherte Österreichs haben in Gastein ihre Kurhäuser. Doch auch da wird der Rotstift angesetzt.

Ein augenfälliges Beispiel für die aufkommende Zweiklassenmedizin sind die neuen, schlanken Kurhotels im Talgrund.

Sie werben mit Golfplatz, Tennis und Reithalle ein neues, zahlungskräftiges Publikum an: Manager, Yuppies, Neureiche sollen kommen mit ihren entsprechenden Leiden wie hormonelle und vegetative Störungen, Potenzschwäche, Infarktnachsorge. Steigerung der Leistungsfähigkeit wird garantiert. Der Parkplatz ist vollgestellt mit dicken Mercedes', mit deutschem Kennzeichen.

Dabei ist der Gesundheitszustand der Arbeiterklasse beßorgnisserregend. Nach Untersuchungen des DGB müßte jeder dritte Lohnabhängige sofort seinen Arbeitsplatz verlassen, um sich einer Heilmaßnahme zu unterziehen. Eine Statistik der Betriebskrankenkassen von 1996 besagt, daß als häufigster Grund für Arbeitsunfähigkeit Muskel- und Skeletterkrankungen angegeben werden, gefolgt von Erkrankungen der Atemwege!

Aber die Stollenzüge sind halbleer. Wie auch in den Kuranstalten in der BRD sind die Kapazitäten in Gastein nicht ausgelastet. Um solche Diskrepanzen aus der Welt zu schaffen, wird es ähnlicher Anstrengungen bedürfen, wie wir sie etwa an den aufständischen Knappen bewundert haben. Glück auf!



Einheit verpflichtet – sie soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen

Kongreß zur Erfurter Erklärung

Am 3. und 4. Oktober 1997 findet in Erfurt ein Kongreß zur Erfurter Erklärung statt.

Der Kongreß soll dem Erfahrungsaustausch in der Arbeit mit der Erfurter Erklärung und der inhaltlichen Diskussion von Schwerpunkten der angemahnten politischen Alternative dienen. Regionale Initiativen und UnterstützerInnengruppen werden ihre Aktivitäten darstellen.

Am Samstag, den 4.10.97, finden Diskussionsforen zu verschiedenen Themenkomplexen statt:

- **Arbeit und Leben – ein zukunfts-fähiges Deutschland in der Welt**
- **Demokratie – Partizipation**
- **Öffentliche Armut – privater Reichtum**

Anmeldungen an das Büro der Erfurter Erklärung, c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel. 0361-5961220.

Dort kann auch eine neue Broschüre „Hundert Argumente – Ein Kommentar zur Erfurter Erklärung“ bestellt werden, die auf 74 Seiten Argumente für die Arbeit und Diskussion zur Erfurter Erklärung zusammenfaßt. Sie wurde in Abstimmung mit den anderen Erstunterzeichnern von SPD-MdB Edelbert Richter zusammengestellt.

ADRESSEAUFLKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/2116 58, Fax: 0221/2153 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

26. August – 1. Sept.: Europäischer Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir. **Infos bei:** Appell von Hannover, Postfach 35, 61445 Oberursel, Tel. 06171/981348

mit über 20 Arbeitsgruppen. **Veranstalter:** UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030/4927473, Fax. 4927972

29.-31.August: UZ-Pressefest, Dortmund.

Vom 5. bis 11. Oktober ist bundesweit „Aktionswoche“ der Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, für Versicherungsschutz für „610-DM-Jobs“

1. September: Antikriegstag

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus, Beginn 13 Uhr. Thema: „Linke Positionen gegen den Euro“.

6./7. September: Parteirat der PDS tagt in Düsseldorf. Schwerpunktthema: Wie weiter mit dem Linken Reformprojekt – Positionen und Aktivitäten der PDS, Situation der westdeutschen Landesverbände.

14. Oktober: „Mindestlohn – wie und für wen?“ „Öffentliches ExpertInnenengespräch“ der PDS-Bundestagsgruppe mit Vertretern von NGG, IG BAU und IG Medien in Bonn. **Infos** bei Anne Alex, 0228/1681918.

13. September: Arbeitsausschuß des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften zur Vorbereitung der Herbstkonferenz, um 8.30 im Jugendgästehaus Köln-Raum Riehl, (s.a. 11. Oktober)

14./16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

21. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

22.-23.11.97: Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer PolizistInnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in München (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). **Infos bei:** BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg

20./21. September: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

26.-28. September: Internationale Che Guevara-Konferenz in der Humboldt-Universität in Berlin. **Infos über Cuba Si**, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

27./28. September: Grüner Länderrat in Magdeburg

Anfang Dezember tagt der SPD-Bundesparteitag in Hannover

2. bis 5.Oktober: Bundeskongreß der Verkehrs-Bürgerinitiativen in Freiburg / Breisgau – Arbeits- und Aktionstreffen

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen